

(A)

(C)

67. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 27. Oktober 2010

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Einen schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 28./29. Oktober 2010 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 11./12. November 2010 in Seoul

(B) Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Interfraktionell ist verabredet, in der Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinviertel Stunden zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gemeinsam haben wir vor dreieinhalb Wochen den 20. Geburtstag des wiedervereinten Deutschlands gefeiert. Gemeinsam haben wir uns die Kraft der Freiheit in Erinnerung gerufen, die es möglich gemacht hat, dass wir heute mit all unseren Nachbarn in Freundschaft leben. Wir erleben die glücklichste Phase in der deutschen Geschichte. Dafür sind wir unendlich dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir vergessen nie, dass dieses Glück unseres Landes von der Geschichte der Europäischen Union nicht zu trennen ist. In diesem Bewusstsein macht unsere Generation Politik für unser Land und für Europa; denn umgekehrt ist das europäische Einigungswerk ohne deutsche Beteiligung überhaupt nicht vorstellbar. Dessen sollten wir uns nicht nur an Festtagen und Jubiläen bewusst sein, sondern auch im politischen Alltag.

Das heißt konkret: Unser sozialer und wirtschaftlicher Erfolg ist untrennbar mit der europäischen Entwicklung verknüpft. Das macht es notwendig, dass sich alle Mitgliedstaaten gemeinsamen Regeln unterwerfen. Denn das Fehlverhalten Einzelner kann zu Verwerfungen für alle führen; das haben uns die Krisensituation im Frühjahr in Griechenland und die Krise des Euro in erschreckender Weise vor Augen geführt. Diese Krise in Europa war existenziell. Wir haben sie in den Griff bekommen, aber das alleine reicht noch nicht. Ich sage Ihnen deshalb ganz deutlich: Mein Ziel und das Ziel der Bundesregierung insgesamt ist, dass die Währung Europas, der Euro, dauerhaft stabil ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das hat mein Handeln im Frühjahr bestimmt, und das bestimmt unser Handeln heute.

In meiner Regierungserklärung vom 19. Mai habe ich hier gesagt – ich darf das wiederholen –:

Wir müssen zweierlei schaffen: die Bewältigung der akuten Krisensituation zum einen und die Vorsorge für die Zukunft zum anderen.

Heute können wir festhalten: Bei der Bewältigung der aktuellen Krise haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht, gerade auch dank der ehrgeizigen Reformen und Sparmaßnahmen, die Griechenland, aber auch andere Länder ergriffen haben.

Wir haben – wie Sie sich erinnern werden – gegen großen Widerstand aus diesem Haus wie auch aus Europa auf Reformen und Sparmaßnahmen bestanden. Heute weiß nun jeder, dass der Kurs der Regierung der einzig richtige war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was heißt hier „jeder“?)

Auf speziellen Wunsch nehme ich die Linke aus.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich danke Ihnen!)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Ansonsten weiß es ganz Europa. Aber, bitte schön, wenn Sie nicht dabei sein wollen, können wir das ausdrücklich festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe damals gefordert: Wir brauchen eine Stabilitätskultur in ganz Europa. Heute kann ich feststellen: Fast alle EU-Länder haben sich unserem energischen Konsolidierungskurs angeschlossen. Dieser Kurs war und ist unumgänglich und muss unter allen Umständen fortgesetzt werden; denn noch – das ist die Wahrheit – ist nicht ausgemacht, dass Europa wirklich dauerhaft gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Noch ist nicht ausgemacht, dass wir tatsächlich Vorsorge für die Zukunft treffen. Noch stehen weitere entscheidende Schritte aus. Wir müssen diese Schritte unternehmen, und zwar nicht irgendwann, wenn Europa das Wasser wieder bis zum Halse steht, sondern jetzt. Dazu bin ich fest entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Europäische Rat morgen und übermorgen ist von größter Bedeutung. Wir müssen die richtigen Lehren aus der Krise ziehen, verhindern, dass neue Krisen entstehen, und die Wirtschafts- und Währungsunion langfristig auf ein stabiles Fundament stellen. Deutschland und Frankreich haben auf dem Weg zu diesem Ziel in der vergangenen Woche gemeinsam Führung übernommen. Es ist wahr: Eine deutsch-französische Einigung ist nicht alles in Europa. Aber wahr ist auch: Ohne eine deutsch-französische Einigung wird vieles nichts. Das gilt auch in diesem Fall.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass sich Deutschland und Frankreich in einigen entscheidenden Punkten einig sind: erstens darüber, dass wir die Stabilitätsregeln in der Währungsunion verschärfen wollen, um rascher auf unverantwortliches Verhalten einzelner Mitgliedstaaten reagieren zu können, und zweitens darüber, dass wir jetzt Vorsorge für mögliche zukünftige Krisensituationen treffen wollen, um die Stabilität der Euro-Zone langfristig zu sichern.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Was sagt denn Westerwelle dazu?)

Zum ersten Schwerpunkt, also zur Verschärfung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung in Europa, um künftige Krisensituationen nach Möglichkeit zu verhindern: Dazu wollen wir morgen im Europäischen Rat den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, annehmen. Deutschland hat die Einsetzung dieser Gruppe im März 2010 durchgesetzt; das waren wir gemeinsam. Deutschland hat durch die exzellente Arbeit von Finanzminister Schäuble die Beratungen mit wichtigen Vorschlägen geprägt, und Deutschland hat dafür gesorgt, dass durch die Einigung mit Frankreich der Weg für einen Konsens in der Gruppe insgesamt möglich wurde.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb ist Van Rompuy auch so schlecht gelaunt!)

(C)

Ich sage ganz klar: Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sieht Van Rompuy anders!)

Schon heute ist sicher: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt erhält deutlich mehr Biss, um eine stabilitätsgefährdende Politik einzelner Euro-Staaten zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der Biss in die Tischkante hilft auch nicht weiter!)

Ich will drei Beispiele dafür nennen: Erstens. Sanktionen werden künftig früher und schneller verhängt. Sie werden viel früher einsetzen als bisher, und zwar präventiv, bei schweren Fehlentwicklungen schon bevor ein Mitgliedstaat die Defizitgrenze von 3 Prozent verletzt. Das gibt es heute überhaupt nicht. Das ist vollkommen neu. Die Sanktionen werden automatisiert, und zwar sowohl bei dem sogenannten präventiven Arm, von dem ich eben gesprochen habe, als auch beim Defizitverfahren selbst. Das heißt, eine Sanktion kommt, wenn der Rat nicht mit qualifizierter Mehrheit widerspricht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit werden die politischen Hürden für Sanktionen deutlich verkleinert. Nichts anderes versteht auch die Europäische Kommission unter automatischen Sanktionen.

(D)

Zweitens. Ab jetzt wird der Schuldenstand eine herausragende Rolle spielen. Bislang mussten Mitgliedstaaten nur auf die Defizitgrenze von 3 Prozent achten. Allein wegen eines Schuldenstandes von mehr als 60 Prozent musste niemand ein Verfahren befürchten. Künftig gilt: Ab einem Schuldenstand von über 60 Prozent wird ein Defizitverfahren eingeleitet, wenn der Mitgliedstaat den Schuldenstand nicht hinreichend abbaut. Das ist ein großer Fortschritt; denn die größten Gefahren für die Stabilität der Euro-Zone gehen von exorbitant hohen Schuldenständen einiger Mitgliedstaaten aus. Ein Defizit unter 3 Prozent ist bei schwachem Wachstum leider keine Garantie dafür, dass der Schuldenstand nicht völlig aus dem Ruder läuft. Genau das wird jetzt geändert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Drittens werden wir – das ist auch der Ausdruck dessen, dass wir in Zukunft als Wirtschaftsregierung im Rat arbeiten – nicht mehr zusehen, wenn Mitgliedstaaten durch falsche Politik ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit untergraben.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fassen Sie sich da doch einmal an Ihre Nase!)

Hier wird es künftig Sanktionen geben – das ist ein völlig neuer Ansatz –; denn die Krise hat gezeigt: Durch fal-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) sche Wirtschaftspolitik können massive Strukturprobleme entstehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Hier in Deutschland zum Beispiel!)

– Herr Trittin, auch wenn Sie gerne hätten, dass wir damit gemeint sind, ist der Eindruck in Europa im Augenblick nicht, dass Deutschland eine falsche Wirtschaftspolitik macht, schon gar nicht eine falsche Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das sieht Griechenland ja anders!)

So ist die Lage nun einmal. Auch Ignoranz ändert nichts daran.

Meine Damen und Herren, auf diese Maßnahmen haben sich die Finanzminister und die Europäische Kommission in der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe einvernehmlich verständigt. Mit ihnen verschärfen wir die Stabilitätsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion. Mit ihnen wollen wir verhindern, dass neue Krisen überhaupt entstehen können. Mit ihnen allein sind wir aber immer noch nicht am Ziel; denn auch mit den schärfsten Stabilitätsregeln können wir noch nicht zu 100 Prozent ausschließen, dass es eines Tages wieder zu einem extremen Krisenfall kommt, der die Stabilität der Euro-Zone insgesamt gefährdet.

- (B) Wenn das so ist, dann müssen wir den Tatsachen ins Auge sehen. In diesem Fall kann es nur eine Konsequenz geben, was mich zu meinem zweiten Schwerpunkt führt: Wir müssen heute Vorsorge zur Bewältigung künftiger Krisensituationen treffen. Dazu brauchen wir – das ist die Überzeugung der Bundesregierung sowie der Koalitionsfraktionen – einen neuen, robusten Krisenbewältigungsrahmen für Notfälle. Nur so können wir die Stabilität der Euro-Zone dauerhaft sichern.

Das kann nicht irgendein Krisenbewältigungsrahmen sein. Ein neues Wort alleine hilft da wenig. Vielmehr muss der neue Krisenbewältigungsrahmen rechtlich unangreifbar sein, das heißt ohne Wenn und Aber, klipp und klar: Gelingen wird das nur mit einer Änderung der europäischen Verträge. Diese Änderung benötigen wir. Wir sind bereits so weit, dass sich Deutschland und Frankreich darin einig sind. Das hätten viele, wenn nicht fast alle von Ihnen noch vor einem halben Jahr für unmöglich gehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Haben Sie Jean-Claude Juncker auch schon mal gefragt?)

Wir sind aber so weit. Deutschland und Frankreich sind hierüber einer Meinung. Damit haben wir einen ersten, großen Schritt geschafft. Diesem müssen wir jetzt natürlich den zweiten folgen lassen. Dabei handelt es sich um eine Einigung in ganz Europa über die Notwendigkeit von Vertragsänderungen. Ich mache mir gar keine Illusionen. Das durchzusetzen, wird schwer genug. Deshalb wird es aber noch lange nicht weniger notwendig, und zwar im Sinne des Wortes „notwendig“.

Warum? Die Antwort liegt auf der Hand. Wir müssen das jetzt anpacken, weil der derzeitige Rettungsschirm, der aus einer unerwarteten Notsituation entstanden ist, nur ein provisorischer ist. Er läuft 2013 aus. Das haben wir auch genau so gewollt und beschlossen. Eine einfache Verlängerung kann und wird es mit Deutschland nicht geben,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

weil der Rettungsschirm nicht als langfristiges Instrument taugt, weil er Märkten und Mitgliedstaaten falsche Signale sendet und weil er eine gefährliche Erwartungshaltung fördert. Er fördert die Erwartungshaltung, dass Deutschland und andere Mitgliedstaaten und damit auch die Steuerzahler dieser Länder im Krisenfall schon irgendwie einspringen und das Risiko der Anleger übernehmen können.

Das war für die Abwendung der akuten Krise in diesem Jahr unvermeidbar. Mit wirklicher Vorsorgepolitik hat das aber wenig bis gar nichts zu tun. Deshalb müssen wir das ändern. Der jetzige Rettungsschirm darf nicht der Referenzfall für die Zukunft sein. Stattdessen brauchen wir einen Mechanismus, bei dem in einem transparenten, nachvollziehbaren Verfahren auch private Gläubiger beteiligt werden. Diese Forderung ist nicht neu. Wir haben sie bereits im Mai in diesem Hohen Hause gemeinsam erhoben. Damals stand Deutschland in Europa damit noch weitgehend allein. Nach dem Treffen von Deauville unterstützt nun auch Frankreich unser Anliegen.

(D) Lassen Sie mich an dieser Stelle eines ganz klar sagen, damit es hier keine Missverständnisse gibt: Auch künftig kann das Ergreifen geeigneter koordinierter bilateraler Maßnahmen nur Ultima Ratio sein, also letztes Mittel, mit dem die Mitgliedstaaten die Finanzstabilität im Euro-Raum insgesamt sichern. Frankreich und Deutschland fordern noch eine weitere Maßnahme, und zwar im Falle einer schwerwiegenden Verletzung der Grundprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion die Stimmrechte des betroffenen Mitgliedstaates aussetzen zu können. Auch das ginge nicht ohne eine Änderung der Verträge. Ich weiß, dass eine Aussetzung der Stimmrechte bei vielen unserer europäischen Partner aufgrund der damit verbundenen Kompetenzänderung auf Widerstand stößt. Ich nehme das sehr ernst. Aber ich ergänze: Wer das ablehnt, muss überzeugend darlegen können, dass er bei einer schwerwiegenden Verletzung der Grundprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion nicht allein auf das Prinzip Hoffnung setzt, also darauf, dass sich die Einsicht zur Besserung schon irgendwie durchsetzen wird. Das wäre grob fahrlässig; wir würden uns nur in die Tasche lügen. Das zu vermeiden, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie belügen uns auch gerade!)

Fassen wir zusammen: Ich werde morgen und übermorgen auf dem Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs darauf drängen, dass Präsident Van Rompuy einen präzisen Auftrag des Europäischen Rates erhält, auf

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) dessen Basis er in enger Abstimmung mit den Mitgliedern des Europäischen Rates Vorschläge für die erforderlichen, eng begrenzten Vertragsänderungen und konkrete Optionen für einen auf Dauer angelegten robusten Krisenbewältigungsrahmen entwickeln und spätestens bis zum März 2011 dem Europäischen Rat vorlegen kann. Ich sage für die Bundesregierung und unser Land unmissverständlich: Für mich sind die Zustimmung zum Bericht der Van Rompuy-Arbeitsgruppe und ein präziser Auftrag an Herman Van Rompuy nicht voneinander zu trennen. Sie sind ein Paket.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir alle wissen: Die Lösung muss bis zum Sommer 2013 rechtlich gültig sein. Das heißt, für die Bewältigung künftiger Krisen sind wir nur dann gewappnet, wenn das der Fall ist. Deshalb sage ich: Obwohl das noch lange hin zu sein scheint, ist nicht viel Zeit, um das alles umzusetzen. Sie alle wissen: Ich war diejenige, die während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 zusammen mit dem damaligen Außenminister Steinmeier den Lissabon-Vertrag auf den Weg gebracht hat. Heute bin ich diejenige, die zusammen mit unserem Außenminister Guido Westerwelle entschieden dafür eintritt,

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Wir verbitten uns die Vergleiche!)

dem schwierigen Weg einer Vertragsänderung nicht auszuweichen, sondern ihn mutig und entschlossen zu gehen.

- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
(B) Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Kommt Guido denn jetzt mit nach Brüssel?)

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Europas den Nachweis erbringen, dass sie aus der Krise die richtigen und notwendigen Lehren gezogen haben.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Westerwelle hat eine Krise!)

Nur weil sich viele vor dem natürlich beschwerlichen Weg der Vertragsänderung fürchten, ist das noch lange kein Argument gegen diesen Weg. Ich bin überzeugt: Nur auf diesem Weg erreichen wir eine zweifelsfreie demokratische Legitimation für einen auf Dauer angelegten Krisenbewältigungsrahmen. Das ist das Ziel der Bundesregierung.

Ich stehe dafür ein, dass Deutschland eine führende Rolle dabei spielt, die gute Zukunft der Europäischen Union zu sichern. Wir werden dafür nicht immer sofort Beifall bekommen – das haben wir im Frühjahr erlebt –, aber am Ende kommt es nicht auf den schnellen Beifall an, sondern darauf, eine Mehrheit für unsere richtigen Vorschläge zu gewinnen, von deren Bedeutung für eine gute Zukunft Europas wir überzeugt sind. Daran arbeiten wir, und dafür bitte ich um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Europäische Rat morgen und übermorgen wird sich auch mit dem kommenden G-20-Gipfel am 11. und 12. November dieses Jahres in Seoul befassen. Die Er-

richtung einer stabilen Finanzmarktarchitektur wird eines der zentralen Themen des G-20-Gipfels sein. Hier darf ich einen Satz wiederholen, den ich im März 2009 inmitten der um sich greifenden Krise im Vorfeld des G-20-Gipfels in London gesagt habe:

... Kooperation statt Abschottung. Das ist der einzige Weg, wieder zu Wachstum und zu Beschäftigung zu kommen.

Dieser Satz hat nichts von seiner Aktualität verloren. Ich wiederhole ihn ganz bewusst mit Blick auf Begriffe wie Währungskrieg, Abwertungswettkampf und Handelsprotektionismus, die derzeit in der internationalen Diskussion leider immer wieder zu hören sind.

Eine Debatte mit solchen Begriffen ist falsch. Sie ist nicht nur politisch kurzsichtig; eine Debatte mit solchen Begriffen blendet zudem die erzielten enormen Erfolge bei der Krisenbekämpfung aus. Der Schlüssel dafür war eine in dieser Intensität und Dichte niemals zuvor erreichte internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die einzig erfolgversprechende Strategie für eine endgültige Überwindung der Krise sowie für dauerhaftes Wachstum und mehr Beschäftigung in der Welt ist die konsequente Fortsetzung dieses Weges.

Tatsache ist: Die G 20 hat sich mit der Finanzmarktkrise zum wichtigsten globalen Forum für wirtschaftspolitische Fragen entwickelt. Ohne die entschlossene Umsetzung der dort gemeinsam vereinbarten Maßnahmen hätte sich die Weltwirtschaft nicht so schnell von dem schärfsten wirtschaftlichen Einbruch in Friedenszeiten seit 80 Jahren erholt. Ohne das Drängen der G 20 wäre es auch nicht möglich gewesen, als Lehre aus der Krise eine so umfassende Reformagenda für die internationale Finanzarchitektur aufzustellen, wie wir es getan haben, und diese dann auch schrittweise abzarbeiten.

Ohne Zweifel sehen wir schon heute: Europa hat deutliche Fortschritte gemacht, zum Beispiel bei der Aufsicht über Manager von Hedgefonds und bei Beteiligungsgesellschaften; was die Beteiligungsgesellschaften angeht, hat der Rat vorige Woche einen Durchbruch erzielt und den Weg für eine rasche Einigung mit dem Europäischen Parlament freigemacht. Weitere Beispiele sind die Stärkung der Finanzaufsicht in Europa, eine bessere Kontrolle der Ratingagenturen und neue Vergütungsregeln, die Anreize für risikobewusstes Verhalten setzen. Damit hat Europa zu unserem gemeinsamen Ziel, dass alle Finanzmärkte, alle Finanzmarktakteure und alle Finanzinstrumente einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen werden, einen beachtlichen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber das reicht noch nicht. Jetzt geht es darum, die Arbeiten an einem stabilen neuen Rahmenwerk entschlossen fortzuführen, und zwar auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Die Regierungen dürfen in der Zukunft nicht mehr gezwungen sein, mit Ad-hoc-Rettungsmaßnahmen für private Verluste systemisch relevanter Banken vollumfänglich einzustehen. Deshalb muss die Fähigkeit der Banken verbessert werden, solche Verluste selbst zu tragen. Dafür brauchen wir eine Stär-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) kung der Kapitalanforderungen für Banken. Hierzu hat der Baseler Ausschuss quantitativ und qualitativ höhere Kapitalstandards beschlossen – ein ganz wichtiger Schritt. Wir müssen auch global abgestimmte Regeln aufstellen, damit wir systemisch relevante Finanzinstitute in Krisenfällen grenzüberschreitend restrukturieren oder abwickeln können, und zwar finanzmarktschonend und möglichst ohne Belastung der Steuerzahler.

Deutschland wird sich bei dem bevorstehenden G-20-Treffen in Seoul dafür einsetzen, dass wir bei diesem wichtigen Thema vorankommen. Für Deutschland hat die Bundesregierung bereits ein wichtiges Gesetzgebungsvorhaben zur Restrukturierung bzw. Abwicklung von Banken auf den Weg gebracht. Dieser Gesetzentwurf ist in den parlamentarischen Beratungen und hat international Vorbildcharakter.

Die Europäische Kommission hat für Anfang 2011 Rechtsetzungsvorschläge angekündigt. Ich sage es ganz unumwunden: Was die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise betrifft, hätte sich die Bundesregierung mehr vorstellen können.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Was heißt denn „mehr“? Da ist doch gar nichts!)

Wir hätten uns vorstellen können, dass es G-20-weit zu einer einheitlichen Lösung kommt. Dazu ist leider kein Konsens erzielt worden. Das ändert aber nichts daran, dass wir an unserem Ziel festhalten. Es darf kein Weg daran vorbeiführen, dass sich der Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt.

- (B) (Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ja! Aber das Fenster ist schon wieder zu!)

Er muss Vorsorge für eventuelle künftige Krisen treffen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Heiße Luft!)

Deshalb unterstützt die Bundesregierung weiterhin die Einführung einer Finanztransaktionsteuer,

(Zurufe von der SPD: Oh! Auf einmal!)

zumindest, wenn sie global nicht umsetzbar ist, auf europäischer Ebene; so ist das.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat aber lange gedauert! – Zuruf von der SPD: Und was sagt die FDP dazu?)

– Meine Damen und Herren, auch Sie können nicht ignorieren, dass es dafür bei der G 20 keine Mehrheiten gab.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nicht mit der FDP!)

Eckpfeiler einer neuen globalen Finanzarchitektur ist ein starker Internationaler Währungsfonds.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sagen Sie das mal der FDP!)

- (C) Wir haben daher auf den vorangegangenen G-20-Gipfeln beschlossen, die Rolle des IWF bei der Krisenprävention und bei der Krisenbekämpfung zu stärken.

Die G-20-Finanzminister haben am letzten Wochenende in Korea das Feld dafür bereitet, dass wir unsere Reformziele in Seoul erreichen können. Im IWF werden sich die veränderten Verhältnisse in der Weltwirtschaft künftig stärker als heute widerspiegeln. Dynamische Schwellenländer werden durch einen höheren Quotenanteil und mehr Sitze im Exekutivdirektorium stärker repräsentiert sein. Dieser Erfolg ist insbesondere den Europäern zu verdanken, die ihren Einfluss zugunsten einer gerechteren Gesamtordnung im IWF etwas zurückgenommen haben.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Wirtschaftsminister Rainer Brüderle für seine hervorragende Verhandlungsführung in Südkorea danken, als er Finanzminister Schäuble vertreten hat,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was meinen Sie, was erst ist, wenn er über die Kohlesubventionen verhandelt!)

über dessen Hiersein ich mich heute besonders freue, genauso wie über das von Herrn Steinmeier.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (D) Meine Damen und Herren, neben der Weiterführung der Reformen auf den Finanzmärkten wird die weltweite Stärkung der Wachstumskräfte der zweite Schwerpunkt der Diskussionen in Seoul sein. Was können wir gemeinsam für ein nachhaltiges, starkes und ausgewogenes Wachstum tun? Zunächst einmal müssen wir verstehen, dass quantitative Ziele in Bezug auf die Leistungsbilanz keine Lösung sein können. Leistungsbilanzsalden sind Ausdruck von Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und kommen durch Marktprozesse zustande, und in diese darf an dieser Stelle nicht künstlich eingegriffen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das denn aufgeschrieben? – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erzählen Sie einmal den Aktionärinnen und Aktionären!)

Zur Erreichung eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums ist es daher vielmehr erforderlich, die strukturellen Ursachen, die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten zugrunde liegen, in den Blick zu nehmen und Wettbewerbsnachteile dauerhaft zurückzuführen. Wenn wir diesbezüglich auf Deutschland schauen, dann wird klar, dass unser Land seiner internationalen Verantwortung als führende Wirtschaftsnation gerecht wird. Wir haben zwei Konjunkturpakete im Umfang von zusammen rund 80 Milliarden Euro aufgelegt, und wir haben weitere Maßnahmen ergriffen, um die Nachfrage zu stärken. Damit haben wir den Abschwung in Deutschland gestoppt.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Im Übrigen sind durch unsere Maßnahmen gegen die Krise unsere Exporte in der Krise wesentlich stärker gesunken als die Importe. Deutschland hat damit einen substanziellen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft geleistet, und dies werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Aber gegen die FDP! Das darf man noch einmal sagen!)

Inzwischen sind wir dabei, die Krise schneller als andere Länder zu überwinden.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Die aktuellen Zahlen und Daten sind beeindruckend.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Trotz dieser Bundesregierung!)

Mit einem Wachstum von 3,4 Prozent in diesem und voraussichtlich 1,8 Prozent im nächsten Jahr gehört Deutschland zu den Wachstumsmotoren in Europa. Ich füge hinzu: Bei den Arbeitsplätzen zeigt sich das noch deutlicher; denn wir können damit rechnen, dass wir bald weniger als 3 Millionen Arbeitslose haben. Dies ist in einer solchen Situation ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch die Investitionstätigkeit ist mittlerweile wieder spürbar angestiegen. Wir können heute sagen: Es war richtig, die Krise auch unter Inkaufnahme einer massiven Verschuldung zu stoppen. Diesen Weg – daran werden Sie sich erinnern – ist die Bundesregierung gegangen. Da sich das als richtig erwiesen hat, wird es sich jetzt auch als richtig erweisen, dass wir nun gegen die Verschuldung vorgehen, und zwar genau jetzt, nicht früher, aber eben auch nicht später. Bei einer Wachstumsrate von über 3 Prozent in diesem Jahr ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür, mit der Konsolidierung zu beginnen.

(B)

Die zeitlich befristeten Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete werden wie geplant zum Jahresende auslaufen. Eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Haushaltskonsolidierung ist eingeleitet. Dies liegt genau auf der Linie, auf die sich die Staats- und Regierungschefs der G 20 im vergangenen Juni in Toronto verständigt haben. Auch die Belebung des internationalen Handels spielt bei der Erholung der Weltwirtschaft eine zentrale Rolle, und deshalb werden wir alles daran setzen – ich werde das auch in Seoul wieder auf die Tagesordnung bringen –, dass die Doha-Verhandlungen endlich mit einem vernünftigen Ergebnis abgeschlossen werden können; denn sie könnten zu einem wirklichen Wachstumsimpuls für einen freien Welthandel führen.

Meine Damen und Herren, wir müssen natürlich eine internationale Diskussion über angemessene Wechselkurse zwischen den weltweit bedeutendsten Währungen sachlich und in kooperativem Geist führen. Ich sage allerdings: Der globale Aufschwung würde infrage gestellt, wenn wir verstärkte Verzerrungen der Wechselkurse in Kauf nehmen würden.

Ich bin überzeugt, Wechselkurse sollten mittelfristig die fundamentalen Daten einer Volkswirtschaft wider-

spiegeln. Eine Politik, die auf Wechselkursverzerrungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit abzielt, muss vermieden werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Denn bei einem Abwertungswettlauf verlieren am Ende alle. Die schlimmen Erfahrungen in der Folge der Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts sollten uns allen eindringliche Mahnung sein, die Fehler von damals nicht zu wiederholen. Wir haben in dieser Krise vieles richtig gemacht; aber wenn wir jetzt auf dem Weg raus aus der Krise Fehler von damals wiederholen würden, wäre das sehr schwierig und könnte wirklich ganz falsche Effekte hervorrufen.

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die zukünftige Schlagkraft der G 20 auch von der Fähigkeit abhängt, eine Agenda für die nächsten Jahre zu entwickeln und den kooperativen Ansatz, wie er zur Bekämpfung in der Krisenzeit sichtbar geworden ist, auf andere Themen zu übertragen. Deutschland wird hier Frankreich in seiner kommenden G-20-Präsidentschaft unterstützen.

Wir unterstützen auch den Vorschlag der koreanischen Präsidentschaft, die Entwicklungspolitik in der Agenda der G 20 zu verankern: zum einen, weil wir als entwickelte Industrieländer unsere humanitäre Gesamtverantwortung kennen, aber zum anderen auch, weil sich die G 20 bewusst ist, dass die internationale Staatengemeinschaft ihre Ziele nur erreichen kann, wenn es nachhaltige Fortschritte in den Entwicklungsländern selbst gibt. (D)

Meine Damen und Herren, auf der Tagesordnung des Europäischen Rates wird fünf Wochen vor dem Beginn der UN-Klimakonferenz in Cancún selbstverständlich auch der internationale Klimaschutz stehen. Auch wenn er hier heute – wie auch in Brüssel und Seoul – wahrscheinlich nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen wird, so hat Klimaschutz nichts von seiner Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil, Deutschland steht unmissverständlich zum Ziel eines neuen umfassenden Klimaübereinkommens unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Es ist leider wahr: Cancún wird noch nicht den entscheidenden Durchbruch und das umfassende Klimaschutzabkommen bringen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu haben Sie auch ein Stück beige-tragen, Frau Bundeskanzlerin!)

Aber wahr ist auch: Gerade dieser Konferenz zwölf Monate nach Kopenhagen kommt dahin gehend eine Bedeutung zu, dass gezeigt werden kann, dass wichtige Fortschritte beim Aufbau der internationalen Klimaschutzarchitektur und bei der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen möglich sind.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotz Deutschland!)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) In diesem Sinne wird sich die Europäische Union für ein möglichst umfassendes und ehrgeiziges Ergebnis in Cancún einsetzen. Deutschland unterstützt das nach Kräften.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, die politischen Prioritäten, die die Bundesregierung mit Blick auf den Europäischen Rat und den G-20-Prozess verfolgt, sind ehrgeizig. Sie umzusetzen, erfordert unseren ganzen Einsatz. Rückschläge kann auch niemand ausschließen. Aber wenn wir mutig vorgehen, dann hat das für Europa immer Fortschritte gebracht. Und so wird es auch dieses Mal sein, wo sich so viele vor einer Änderung der europäischen Verträge scheuen. Doch nichts muss so bleiben, wie es ist. Das galt schon immer, und Veränderungen zum Besseren sind immer möglich, auch wenn der Weg steinig und mühsam ist. Mit dieser Haltung werde ich in Brüssel und Seoul dafür werben, dass Europa und die G 20 die Weichen richtig stellen. Und so werden wir einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unseres Kontinents und der G 20 leisten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Diether Dehm [Die Linke]:
Kein Lob für den Westerteller! Jetzt guckt er aber traurig!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Den nächsten Redner begrüße ich mit einem herzlichen Willkommen zurück. Frank-Walter Steinmeier hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Meine Damen und Herren! Es ist tatsächlich so: Ich bin froh, wieder da zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Präsidentin, erlauben Sie mir einige Worte vorweg: Ich habe ganz ehrlich nicht damit gerechnet, dass sich so viele aus diesem Kreis partei- und fraktionsübergreifend in den letzten Wochen bei mir gemeldet haben. Sie haben mir geschrieben, mit mir telefoniert, ihre Anteilnahme bekundet und mir Zuspruch und Genesungswünsche übermittelt. Dafür möchte ich Ihnen wie auch für Ihre herzlichen Willkommensworte, Frau Präsidentin und Frau Bundeskanzlerin, von dieser Stelle aus herzlich danken.

(Beifall)

Ich freue mich aber nicht nur selbst, dass ich wieder hier sein kann, sondern ich freue mich auch darüber, dass wir Herrn Schäuble wieder unter uns haben. Herr Schäuble, von mir persönlich, von meiner ganzen Fraktion und sicherlich von allen im Hause alle guten Wünsche für Ihre Gesundheit!

(Beifall)

Was ich zu Herrn Schäuble gesagt habe, gilt über alles Ringen um richtige Politik hinweg. Aber zum Ringen

und zum guten Ton dieses Hauses gehören auch die Debatte, der Streit um Positionen und auch deutliche Kritik, wo Anlass dazu besteht. Den haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, und die Bundesregierung in den letzten Tagen und Wochen auch in der Europapolitik reichlich geboten. (C)

Vor dem bevorstehenden europäischen Gipfeltreffen bietet die Koalition leider das gewohnte Bild. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, morgen in Brüssel mit den anderen am Tisch sitzen, dann wissen alle Ihre Kollegen dort schon, was am Wochenende hier in Berlin los war: offener Streit zwischen Kanzlerin und Vizekanzler und heftige Vorwürfe aus der Unions- und FDP-Fraktion. Von scharfer Kritik der CSU im Europaparlament war zu lesen, und es gab gegenseitige Schuldzuweisungen von allen Seiten. Glaube doch bitte keiner, das merke man nur in Berlin. Was ist das für ein trauriges Bild, mit dem diese Bundesregierung nach Brüssel fährt!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und das in einer Zeit – das will ich ausdrücklich sagen –, in der die Welt wieder positiv auf Deutschland blickt und Deutschland durchaus wieder Wirtschaftslokomotive in Europa ist.

Wenn jetzt die Zahl der Arbeitslosen in der Tat unter 3 Millionen sinkt, Frau Merkel, dann ist das ein Erfolg – das sehen wir auch so –, zu dem viele im Land beigetragen haben, nur einem wird er offenbar nicht zugeschrieben, nämlich dieser Bundesregierung. Und das hat Gründe.

Angekündigt haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, einen Herbst der Entscheidungen. Offensichtlich hört keiner genau hin, wenn Sie das sagen. Jedenfalls ist die Sommerpause schon lange vorbei, und es geht so weiter, wie es vor der Sommerpause geendet hat. Ich sehe keinen Herbst der Entscheidungen, sondern einen Herbst von neuer Missgunst und neuem Streit. Die Koalitionspartner streiten sich weiter wie die Kesselflicker. Auch in Brüssel hält man sich mittlerweile genervt die Ohren zu. So sieht das Bild gegenwärtig aus. Es stellt sich leider nicht in den schönen rosaroten Farben dar, wie Sie sie uns eben aufgezeigt haben, Frau Bundeskanzlerin. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir nach den Ursachen fragen, dann stellen wir fest, dass die Ursache für die ohrenbetäubende Kakophonie, die wir am Wochenende wieder gehört haben, wahrhaftig nicht bei der Opposition liegt und sicherlich nicht bei der SPD. Sie wissen, Frau Merkel: Wir Sozialdemokraten stehen für eine verantwortliche Europapolitik.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie wissen auch, dass Sie unsere Zustimmung zu den Griechenland-Hilfen und dem Euro-Rettungsschirm hätten bekommen können. Sie wissen das, aber Sie hatten weder Kraft noch Mut, Ihren eigenen Leuten beizubringen, dass auch die Finanzmärkte ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten müssen.

Dr. Frank-Walter Steinmeier

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen sie, weil die normalen Steuerzahler es schlicht nicht mehr ertragen, dass die Belastungen am Ende immer nur bei ihnen abgeladen werden.

Für mich und meine Fraktion – das sei hier noch einmal klargestellt – bleibt es dabei: Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, dass diejenigen, die in und an der Finanzkrise Milliarden verdient haben, auch zahlen. Wir streiten weiter mit aller Kraft und Energie für die finanzielle Beteiligung der Finanzmärkte. Deshalb sage ich noch einmal: Die Finanzmarkttransaktionsteuer war vernünftig und ist vernünftig. Sie ist notwendig, und – ich bin sicher – sie muss und sie wird auch kommen, allen momentanen Widerständen, die es gibt und die ich sehe, zum Trotz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die Signale im Vorfeld dieser Debatte und des Gipfels einmal genau analysieren, zeigt sich doch: Mit ein wenig Anstrengung, mit ein wenig Geschick hätten Sie weit mehr als nur die eigenen Koalitionsfraktionen auf Ihrer Seite. Wir wollen auch nicht, dass sich eine so gefährliche Situation wiederholt, wie Sie sie eben geschildert und wie wir sie alle im Frühjahr erlebt haben. Viele hier, auch die SPD, streiten für einen vernünftigen Frühwarnmechanismus, für einen wirksamen Stabilitätspakt. Über manches Instrument lässt sich diskutieren und müssen wir auch diskutieren. In der Grundhaltung gibt es doch zwischen vielen von uns keinen völlig unüberwindlichen Streit. Aber so, wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, in den letzten Monaten und Wochen Europapolitik betrieben haben, so geht das nicht und so können wir das nicht durchgehen lassen. Ich sage gleich, warum.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Angefangen hat das im Grunde genommen – daran erinnern wir uns doch alle miteinander – schon in der Griechenland-Krise. Wochen- und monatelang, noch bis kurz vor dem Tag der Entscheidung, haben im Frühjahr große Teile der Regierung und auch Sie selbst, Frau Merkel, beteuert: Keine Hilfen für Griechenland! Manche haben Sie sogar dafür gefeiert, und Sie haben es geschehen lassen. Aus Angst und wahrscheinlich obwohl Sie wussten, was am Ende kommen würde, hat die Regierung den Menschen die Wahrheit vorenthalten und damit den Großteil der EU zunächst einmal gegen sich aufgebracht. Und was war das Ergebnis? Am Ende wurde hier im Hause das ganze Programm fast ohne Diskussionsmöglichkeiten in den Ausschüssen durchgepeitscht. Das war alles nicht notwendig und hat das Vertrauen nicht gestärkt.

Damit wären wir zum überwiegenden Teil vielleicht noch klargekommen, weil die Griechenland-Hilfe eine Nothilfe war. Das Finanzministerium hatte hier von diesem Pult aus ja auch gesagt: Seien Sie sicher, das ist das Letzte, was in diesem Hause dazu debattiert und beschlossen werden muss.

Dann kam das Mai-Wochenende; Sie erinnern sich alle. Nachdem zugesichert worden war: „Da kommt nichts mehr“, sind Sie – offensichtlich ohne Vorbereitung durch die europäischen Kollegen, auch ohne Vorbereitung durch Paris – nach Brüssel gefahren und kamen dann – Wunder und Überraschung! – mit einem Euro-Rettungsschirm in Höhe von 440 Milliarden Euro im Gepäck wieder zurück. Auch da wurde das Parlament wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Zweimal sozusagen dasselbe Schauspiel: Erst dicke Backen aufgeblasen, bis sie fast platzen, aber nach der Rückkehr aus Brüssel fällt die ganze deutsche Position wie ein Soufflé in sich zusammen. Erst Rücksicht nehmen auf die Innenpolitik, auf umstrittene Positionen in der eigenen Koalition, und dann folgt das Einknicken vor der europäischen Realität.

(C)

Wer immer wieder nach diesem Muster handelt – und das droht doch jetzt auch hier –, der schädigt am Ende nicht nur die europapolitische Position Deutschlands und seine eigene Position gegenüber der deutschen Bevölkerung, der schädigt auch das Ansehen der Deutschen und der deutschen Regierung in Brüssel. Und das will ich nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin an dem Punkt auch deshalb sehr energisch, weil ich befürchte, dass es jetzt nach demselben Muster wie bei der Griechenland-Hilfe und beim europäischen Rettungsschirm abläuft und auf ein ähnliches Ergebnis hinausläuft. Das könnte durchaus in einem europapolitischen Debakel für diese Regierung enden.

(D)

Wir haben doch jetzt schon die Hälfte Europas gegen uns aufgebracht. Der Europäische Ratspräsident Van Rompuy arbeitet – Sie haben das eben selbst gesagt – seit vielen Wochen an konkreten Vorschlägen für eine Reform des Stabilitätspaktes; ebenfalls die Kommission. In Deauville ist nun der Eindruck entstanden, Sie und Präsident Sarkozy wischen erst einmal beides vom Tisch nach dem Motto: Die können das nicht, die haben nicht die Kapazitäten. Viele EU-Staaten, bei denen Sie falsche Hoffnungen geweckt hatten, laufen jetzt Sturm gegen den Kuhhandel, der in Deauville stattgefunden hat, und zwar gerade die kleineren Mitgliedstaaten und damit diejenigen Staaten, Herr Westerwelle, um die Sie sich doch besonders kümmern wollten.

Ich bin davon überzeugt und befürchte – ganz anders, als Sie eben vorgetragen haben –, dass Deauville nicht die Tür zu einer möglichen Verständigung aufgemacht hat, sondern dass das Gegenteil eintreten wird und dieser Deal von Deauville die Lage in Europa und Einigungsmöglichkeiten für die Zukunft noch wesentlich schwieriger gemacht hat. Das wird sich beweisen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist nämlich wieder dasselbe Muster. Sie treten mit großen Ankündigungen an, aber dann kommt die europäische Realität.

Wo wir jetzt über den Stabilitätspakt und mögliche automatische Sanktionen reden, will ich nur zitieren,

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) was Herr Schäuble am Wochenende gesagt hat – so war es ja in der Presse zu lesen –: Nie habe es eine realistische Chance auf automatische Sanktionen gegeben. – Wenn das so ist, Herr Schäuble, wenn Sie in dem Text, den ich gelesen habe, einigermaßen richtig zitiert worden sind, dann stellen sich weitere Fragen. Wenn Sie davon überzeugt waren, dass automatische Sanktionen nicht kommen werden: Wie ist es dann um die anderen Dinge bestellt, um die wir im Augenblick streiten? Wie ist es um die Vertragsänderungen bestellt, für die Sie um Zustimmung des Hauses nachsuchen? Und erst recht stellt sich die Frage: Warum sagt Herr Schäuble, wenn er der Meinung ist, dass für automatische Sanktionen keine Chance bestünde, das nicht vorher? Warum fragt man sich nicht vorher, ob für den Entzug des Stimmrechts eine Chance besteht und ob es überhaupt sinnvoll ist, das Verhandlungspaket wieder aufzuschnüren? Zumindest Transparenz müsste darüber hergestellt werden, ob Sie selbst der Meinung sind, dass der Vorschlag, mit dem Sie dort ins Rennen gehen, am Ende verhandlungsfähig ist und eine Chance auf Erfolg hat.

Wenn man genau hinschaut – darum ging es offensichtlich auch ein bisschen in den Diskussionen in Ihrer Fraktion –, dann stellt man fest: In Deauville ist Deutschland in Wahrheit eher mit leeren Händen vom Tisch aufgestanden. Frau Merkel, wenn ich die französische Position richtig deute, dann hatte Präsident Sarkozy drei Vorstellungen: erstens möglichst keine automatischen Sanktionen einzuführen, die auch Frankreich treffen können, zweitens den unliebsamen und etwas zu unabhängigen Ecofin-Rat möglichst weit einzuhegen und drittens den Deutschen das Angebot zu machen, die Vertragsänderungen zu unterstützen, wohl wissend, dass andere dagegen streiten werden und Frankreich diese Rolle gar nicht übernehmen muss. Das ist ein ganz wunderbares Ergebnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur, beglückwünschen kann ich Sie dazu nicht, liebe Frau Merkel.

Wer sich in den europäischen Dingen ein bisschen auskennt, muss befürchten, dass man sich im Élysée angesichts dieses Ergebnisses ein wenig die Hände gerieben hat. Ich selbst weiß, wie schwierig es ist, im internationalen Geschäft Vereinbarungen zu erringen. Deshalb lasse ich mir auch nicht vormachen, das Ergebnis von Deauville sei am Ende ein riesiger Erfolg für Deutschland gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns nicht missverstehen: Auch wir, die SPD, sind für einen wirksamen Frühwarnmechanismus. Auch wir sind für glaubwürdige Sanktionen gegen notorische Defizitsünder. Aber genau das scheint mir durch den Alleingang, den ich Ihnen eben geschildert habe, gefährdet zu sein. Sie sind mit unhaltbaren Maximalforderungen losgerannt und haben diese gegen wenig belastbare Zusagen eingetauscht. Sie sind sozusagen als Hans im Glück gestartet und versuchen nun, das, was Sie mitgebracht haben, als Goldklumpen zu verkaufen. Das

funktioniert nicht. Das nimmt Ihnen jedenfalls die SPD-Fraktion nicht ab, Frau Bundeskanzlerin. (C)

(Beifall bei der SPD)

Frau Merkel, was wird eigentlich aus der Zusicherung – das ist ja Ihre Position –, dass sich so etwas wie die Griechenland-Hilfe nicht wiederholen darf? Sie haben immer wieder beteuert und auch hier zum Ausdruck gebracht, dass sich nach den drei Jahren die Geltungsdauer des Rettungsschirms auf keinen Fall verlängern soll. Wenn man sich anschaut, was die deutsch-französische Erklärung dazu enthält, dann findet man genau vier Zeilen. Was wird darin dazu gesagt? Es sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. – Was ist damit eigentlich gemeint? Was passiert eigentlich, wenn nach drei Jahren keine Vertragsänderung in Kraft getreten ist und dann einzelne Spekulanten, wie wir im Frühjahr erlebt haben, wieder beginnen, gegen den Euro zu zocken? Was tun Sie konkret, damit in Zukunft eben auch private Gläubiger – auch darüber haben wir in diesem Hause gestritten – bei der Umschuldung von schwer verschuldeten Staaten zur Kasse gebeten werden?

Solange das nicht klar gesagt wird und solange darüber nicht hier im Hause debattiert und meinetwegen auch gestritten werden kann, bleiben solche wolkigen Sätze doch nichts als leeres Gerede. Es darf jedenfalls nicht passieren, dass der Gipfel in Brüssel und das, was danach kommt – das wünschen wir uns für Deutschland in gar keinem Fall –, zu einem erneuten europapolitischen Reinfall wird.

(Beifall bei der SPD)

Nun jubelt die Bundesregierung, dass die Krise vorbei ist. „Aufschwung XXL“ – das lässt Herr Brüderle im Augenblick plakatieren bzw. bundesweit in Anzeigen verlauten. Für viele Betriebe stimmt das mit dem Aufschwung. Es trifft nur nicht auf die Stärkung des Stabilitätspakts und es trifft auch nicht auf die Regulierung der Finanzmärkte zu. Anders gesagt, Herr Brüderle: Da sind wir eher bei der Größe S, und das ist bekanntlich den meisten, von uns jedenfalls, zu knapp. (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auf den Finanzmärkten geht es im Grunde genommen zu wie vor der Krise: Banken und Investmenthäuser peitschen Renditeziele hoch. 144 Milliarden Euro an Boni werden in diesem Jahr an der Wall Street ausgeschüttet. Der Handel mit Derivaten, so war dieser Tage zu lesen, blüht wie nie zuvor. In der Finanzwelt geht alles so weiter. Die Politik dagegen, gegen diese Praxis und gegen diese Auswüchse, ist aus meiner Sicht nach wie vor ohne Überzeugung, ohne Zähne und vor allem ohne wirklich notwendige Konsequenz. Auch daran trägt diese Bundesregierung Mitschuld. Das ist die traurige Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion und auch ich wissen: Natürlich können wir von deutscher Seite aus nicht alles im Alleingang erreichen. Aber gerade wenn wir uns gegenseitig ein bisschen ernst nehmen, dann wissen wir auch: Wenn man schon nicht alles im Alleingang erreichen kann,

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) dann kommt es darauf an, dass man deutliche Signale setzt und ein klares Auftreten, auch gegenüber dem Ausland, an den Tag legt. Genau daran fehlt es. Das will ich Ihnen an der Finanzmarkttransaktionsteuer noch einmal klarmachen.

Vonseiten der Bundesregierung tun Sie so, als seien Sie im Prinzip dafür. Es waren sogar entsprechende Erträge in Ihre mittelfristige Finanzplanung eingestellt; 2 Milliarden Euro jährlich ab 2012. Herr Schäuble hat dann aber auf einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates gesagt, wie ich gelesen habe, er sei kein Freund dieses Instruments. Das wird natürlich am nächsten Tag in allen Hauptstädten Europas genüsslich vernommen. Nicht nur das: Herr Schäuble soll sogar gesagt haben, diese Steuer sei gar nicht auf seine Initiative in das Konsolidierungskonzept der Regierung aufgenommen worden. Das alles sind natürlich Signale, die in Europa verstanden werden. Es ist genau dieser Unernst, diese Unentschiedenheit, mit denen die gegenwärtige Koalition das Vertrauen eben nicht nur in Deutschland, sondern, wie ich befürchte, auch in Europa verspielt.

Das gilt zum Beispiel auch für die Frage der Kohlebeihilfen; ich führe das noch an, weil es in dieses Schema passt. Da hat es am Wochenende offenbar eine Einigung gegeben, die ich begrüße.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber mit sich selbst!)

- (B) – Ja, darauf wollte ich zu sprechen kommen. – Wir haben jedoch durch diese internen Streitigkeiten drei Monate verloren. Jetzt hat Herr Brüderle, wie ich lese, anscheinend begedreht, ist aber, wie ich höre, nicht bereit, diese Einigung in Brüssel zu vertreten. So machen wir uns, meine Damen und Herren, bei unseren Partnern lächerlich, und das darf nicht unsere Rolle in Brüssel sein und werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie zum Ende, bitte.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Ja, ich komme zum Ende.

Meine Damen und Herren, Europa ist in keiner guten Verfassung; das spüren Sie alle. Das sage ich weiß Gott nicht nur mit Blick auf die Haushaltsdefizite in den meisten Mitgliedstaaten. Das hat mit vielem zu tun, auch damit, dass der Gründungsmythos Europas bei der jungen Generation offenbar nicht mehr ausreichend trägt. Das hat damit zu tun, dass die Entscheidungsprozesse in Europa nach wie vor zu schwerfällig, zu wenig transparent sind. Das hat auch damit zu tun, dass sich europäisches Engagement von Regierungen häufig nicht entsprechend lohnt. Aber ich stelle eben auch eine Unterströmung in der europäischen Diskussion fest, bei der vor allen Dingen große Mitgliedstaaten verdächtigt werden, europäische Politik schon langsam wieder in nationale Hände zu

übernehmen. Renationalisierung ist das Stichwort, ein Verdacht, der leider gelegentlich auch uns trifft. (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Ich halte das für den falschen Weg, und ich bin mir sicher, das tun alle hier im Hause. Wir brauchen gerade mit Blick auf die Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht weniger Europa, sondern wir brauchen entschieden mehr Europa. Dafür müssen wir eintreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, ein letzter Satz.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ein allerletzter.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Es mag manchmal beschwerlich sein, für Stabilität und Solidarität, für deutsch-französische Kooperation auf der einen Seite und für ein gutes Verhältnis zu den kleinen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite zu sein; aber genau das zu schaffen, das auszubalancieren, das war immer die Kunst deutscher Europapolitik. Diese Kunst scheint dieser Regierung ein Stück weit verloren gegangen zu sein.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Birgit Homburger hat jetzt für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Birgit Homburger (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst an Sie wenden, Herr Steinmeier. Sie haben gerade Ihre Redezeit um ungefähr so viele Minuten überzogen, wie ich überhaupt zur Verfügung habe.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie können schneller reden, Frau Homburger!)

Das zeigt, dass Sie wieder fit sind und dass Sie offensichtlich auch von der Präsidentin nicht zu stoppen sind. Wir freuen uns, dass Sie wieder fit zurück sind, so wie wir uns auch darüber freuen, dass Herr Schäuble wieder gesund bei uns ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jede Krise birgt eine Chance, und diese Chance müssen wir konsequent nutzen. Die Maßnahmen, die wir bis-

Birgit Homburger

- (A) her getroffen haben und die heute auch schon angesprochen worden sind, beispielsweise bei der Griechenland-Hilfe und beim Euro-Stabilisierungspaket, haben allerdings nicht die Ursachen beseitigt. Im Grunde haben wir uns Zeit erkaufte. Diese Zeit muss man jetzt nutzen.

Wenn man sich die Ursachen anschaut, dann kommt man zum Schluss, dass kein Spekulant der Welt eine Chance gehabt hätte, den Euro in Schwierigkeiten zu bringen, wenn die Haushalte der Euro-Staaten in Ordnung gewesen wären.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb steht dies auch bei uns im Mittelpunkt.

Aber, Herr Steinmeier, da Sie in Ihrer Rede die Situation auf dem Finanzmarkt und die Boni angesprochen haben, will ich deutlich sagen: In Ihrer Regierungszeit ist in diesem Bereich nichts unternommen worden. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte auf den Weg gebracht, und wir haben mit dem Banken-Restrukturierungsgesetz auch eine Beschränkung der Boni auf den Weg gebracht. Diese Regierung, diese Koalition handelt im Gegensatz zu dem, wie Sie sich verhalten haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuerufe von der SPD)

Haushaltskonsolidierung ist das zentrale Stichwort für die Stabilisierung des Euro. Deutschland hat hier auch eine Vorbildfunktion. Wenn wir den Stabilitätspakt verschärfen und andere Länder auf eine solide Haushaltspolitik verpflichten wollen, dann müssen wir selber Vorbild sein. Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur in Europa. Diese darf eben nicht nur formal vorhanden sein, sondern muss auch in den Köpfen der Regierungen verankert werden. Wir brauchen klare, starke und eindeutige Vereinbarungen, um die unkontrollierte Schuldenpolitik zu beenden.

(B)

An dieser Stelle will ich auch sagen: Diese Maßnahmen wären nicht nötig, wenn nicht die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2005 aus Eigeninteresse dafür gesorgt hätte, dass der Stabilitätspakt auf europäischer Ebene fahrlässig verwässert wurde. Wir kehren nun die Scherben zusammen, die Sie seinerzeit gemacht haben. Das ist nicht einfach, aber wir bemühen uns darum.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Unsinn wird durch Wiederholungen nicht wahr!)

Das entspricht genauso wenig verantwortlicher Europapolitik wie Ihre Position, die Sie vorhin noch einmal zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben versucht, hier den Eindruck zu erwecken, als ob Sie dem, was wir im Frühjahr hier durch den Deutschen Bundestag gebracht haben, gerne zugestimmt hätten. Sie hätten die Chance dazu gehabt. Sie waren dazu eingeladen. Wir sind Ihnen im Entschließungsantrag weit entgegengekommen. Sie haben damals entschieden: Sie wollen sich daran nicht beteiligen. – Das war unverantwortlich, und damit müssen Sie heute auch leben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Vorschläge der EU-Kommission und der Taskforce auf europäischer Ebene zeichnen ein Gesamtkonzept, und ein genau solches Gesamtkonzept brauchen wir auch. Zu diesem Gesamtkonzept gehört ein wirksames Frühwarnsystem. Dazu gehören die Verbesserung der Qualität der Zahlen sowie die Überprüfbarkeit der Zahlen, die geliefert werden. Es gehören bessere Kontrollmöglichkeiten, aber eben auch mehr Sanktionsmöglichkeiten dazu. Entscheidend ist, dass diese Sanktionsmöglichkeiten früher greifen und auch automatisch zum Einsatz kommen müssen. Es ist das erklärte Ziel, dass es klare Regeln mit möglichst wenig „politischem Rabatt“ gibt. Das ist es, was wir wollen. Sie haben allerdings bezweifelt, dass das erreichbar ist. Ich finde, man muss dafür kämpfen. Der G-20-Gipfel und die umfassenden IWF-Reformen haben klar gezeigt, dass wir international etwas bewegen können, und das wollen wir auch hier erreichen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Entscheidend ist die Einführung eines dauerhaften Krisenmechanismus. Das bedeutet nicht die Einrichtung eines dauerhaften Fonds. Es bedeutet vielmehr, dass wir für die Staaten Umschuldungsregeln entwickeln wollen, die auch einen Verzicht der Gläubiger – auch der Privatgläubiger – auf Teile ihrer Forderungen beinhalten. Das ist ganz zentral. Dies schafft im Grunde die Möglichkeit der Insolvenz von Staaten. Hierfür ist eine Vertragsänderung notwendig, für die wir uns einsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte. Er ist für die wirtschaftliche Entwicklung Europas, aber gerade auch für unser Land, für Deutschland, von zentraler Bedeutung. Deshalb muss alles dafür getan werden, den Euro möglichst stabil zu machen. Wir wollen einen harten Euro. Weiche Maßnahmen taugen dafür nicht, und deshalb muss auch hart verhandelt werden.

Es darf nicht dazu kommen, dass wir die Schulden anderer Länder bezahlen. Deshalb kämpft diese Koalition für eine Stabilitätskultur in Europa und einen harten Euro. Eine Umwandlung der Währungsunion in eine Transferunion oder in eine Haftungsgemeinschaft kommt für uns nicht infrage.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies bedeutet auch den Verzicht auf die Einrichtung eines dauerhaften Fonds für überschuldete Staaten, in dem andere Staaten der Währungsunion oder auch die EU Kredite oder Garantien bereitstellen müssen.

Eine Entfristung des gegenwärtigen Rettungspakets, wie wir es verabschiedet haben, kommt für uns ebenfalls nicht infrage, weil wir der Auffassung sind, dass wir alles dafür tun müssen, dass alle Euro-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, die auf Dauer die Sicherheit dafür bieten, dass der Euro stabil bleibt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

(D)

Birgit Homburger

- (A) Auf dem Europäischen Rat wird jetzt ein Auftrag für die weiteren Verhandlungen formuliert. Das Ziel sind klare Stabilitätskriterien. Wir haben klare Erwartungen an die Mitgliedstaaten. Wir wollen klare Sanktionsmöglichkeiten, und wir wollen, dass diese Sanktionsmöglichkeiten automatisch greifen. Darüber hinaus wollen wir einen klaren dauerhaften Krisenmechanismus durch Umschuldung, der durch eine Vertragsänderung abgesichert werden muss.

Das ist es, was jetzt auf den Weg gebracht werden muss. Das ist nicht einfach, aber es ist notwendig. Wir haben heute in einem Entschließungsantrag der Fraktionen der Koalition noch einmal klargestellt, welche Positionen wir unterstützen. Dies stellt eine Fortschreibung des Antrags dar, den wir im Mai hier im Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht und in dem wir deutlich gemacht haben, dass wir harte Verhandlungen für eine entsprechende Verschärfung des Stabilitätspakts fordern.

Wir wissen auch, dass bei den Verhandlungen mit den anderen Ländern in Europa letztendlich nicht eins zu eins das erreicht werden wird, was wir uns hier im Deutschen Bundestag wünschen. Aber wir wissen sehr wohl, dass es wichtig ist, in einer solchen Verhandlung eine klare Haltung zu haben. Deshalb werden wir diesen Entschließungsantrag heute mehrheitlich beschließen und damit der Bundeskanzlerin für die schwierigen Verhandlungen, die sie jetzt zu führen hat, den Rücken stärken. Das ist eine Rückendeckung, die der Deutsche Bundestag an dieser Stelle gibt – mit dem klaren Auftrag, für einen harten Euro zu verhandeln.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ohne uns!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Diether Dehm hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, am 24. April 2008 haben Sie an dieser Stelle vollmundig verkündet – ich zitiere –:

... anders als andere Verträge trägt dieser Vertrag von Lissabon kein Verfallsdatum ... keine Revisionsklausel.

Dann sagten Sie:

Eine weitere grundlegende Änderung der Verträge ist heute nicht in Sicht.

(Katrin Kunert [DIE LINKE]: Sie hört nicht mal zu!)

– Natürlich hört sie nicht zu. Haben Sie etwas anderes erwartet, Frau Kollegin?

Aber kurz nach dem Inkrafttreten entpuppte sich der Vertrag bereits als Bremsklotz bei der Bewältigung der vor uns liegenden Krisenlasten, denn er verbietet jede

Regulation der Finanzmärkte und sämtliche Kapitalverkehrskontrollen durch Art. 63 im Vertrag über die Arbeitsweise der EU, AEUV. Die Linke hatte das damals ebenso vorausgesagt wie Gewerkschaften und die Arbeitnehmer-AG in der SPD. Der Lissabon-Vertrag ist ein Freund der Finanzhaie. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt, gerade acht Monate nach Inkrafttreten, wollen Sie, Frau Bundeskanzlerin, den Vertrag, den Sie hier für unveränderbar erklärt hatten, so einschneidend verändern, und Sie wollen ihn noch unsozialer machen. Jetzt wollen Sie Mitgliedstaaten, die von deutschen und anderen EU- bzw. US-Konzernen, von Finanzhaien und durch Lohndumping in Deutschland in große Engpässe manövriert wurden, nicht nur solidarische Hilfe wegnehmen, sondern auch noch das demokratische Stimmrecht. Dies ist ein Skandal, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Arbeiterklasse, Arbeitslose und Kleinunternehmen in diesen Staaten würden so zu EU-Bürgern zweiter Klasse. Damit spalten Sie die EU, gefährden Sie ihren Bestand. Die Menschen, die jetzt in Frankreich demonstrieren, und unsere Bahnangestellten, die hier streiken, tun mehr für den sozialen Aufbruch in Europa und für die Integration als mit dieser Idee, die Stimmrechte wegzunehmen, erreicht werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Und sie verdienen unseren Respekt.

Ich widerspreche hier auch ausdrücklich dem Horrorpaket der EU-Kommission. Wer jetzt meint, Krisenopfern mit **Strafzahlungen** und asozial hohen Schuldentilgungsraten begegnen zu können, wird im Ergebnis die bestehende Not nur verschärfen und Rechtsextremen die Hasen in die Küche treiben. (D)

Frau Bundeskanzlerin, bevor Ihr Eigenlob über Ihre Wirtschaftspolitik zu selbstgefällig wird: Wer unsere Exportkonzerne und Privatbanken mit Steuergeschenken hochpäppelt, ohne Profite in Lohnerhöhungen umzuverteilen, wird auf diese Krise die nächste Krise folgen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sorgen dafür, dass eine normale Erholung nach einer solch tiefen Krise an den Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern und unserem Handwerk völlig vorbeigeht, dass Exportkonzerne profitieren, aber die Löhne auf Schmalspur bleiben. Solange das so ist, haben Sie nichts richtig gemacht in Ihrer Wirtschaftspolitik!

(Beifall bei der LINKEN)

Völlig unannehmbar ist auch der Vorschlag, künftig Sanktionen gegen Mitgliedstaaten automatisch in Kraft zu setzen. Wenn Maßnahmen alleine vom Exekutivapparat EU-Kommission beschlossen werden können und wenn dann nur eine qualifizierte Mehrheit im Rat deren Aufhebung beschließen kann, verstößt das gegen jede demokratische Verfasstheit der EU und gegen unsere Verfassung, meine Damen und Herren.

Dr. Diether Dehm

- (A) Vielleicht, Herr Steinmeier, ist das der Grund, dass der Bundesfinanzminister in der letzten *Bild am Sonntag* gesagt hat, es habe niemals, zu keiner Zeit eine Chance für automatische Sanktionen gegen Defizitsünder gegeben. Vielleicht veranlasste ihn der Blick auf unser Verfassungsgericht dazu: „Niemals“, hat er gesagt. Aber hat der Bundesfinanzminister – er ist jetzt auch nicht hier – der FDP das vielleicht verschwiegen, oder wird dort bewusst gelogen, wenn weiterhin von diesem Automatismus geredet und schwadroniert wird? Hören Sie damit auf! Hören Sie auf Ihren Bundesfinanzminister! Er hat in dieser Frage ausnahmsweise recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Er hat deswegen recht, weil ein Sanktionsautomatismus gegen Art. 126 des AEUV verstößt und auch eine versteckte Änderung von EU-Primärrecht die Billigung durch die Mitgliedstaaten nötig macht. Sonst würde er spätestens am Bundesverfassungsgericht scheitern, wie jeder seit dem Lissabon-Urteil weiß. Die Linke würde wieder Karlsruhe anrufen. Verfassungsbruch ist mit uns nicht machbar!

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was ist die Alternative? Wir brauchen in der Tat eine grundlegende Änderung der Verträge, aber eine Änderung für demokratische Finanzmarktregulierung, für mehr Sozialstaatlichkeit in der EU und für Mechanismen, mit denen die Krisenlasten ihren Verursachern, der Deutschen Bank und anderen Taliban in Nadelstreifen, auferlegt werden.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie solche sozialstaatlichen und zivilisatorischen Reformen der EU durchsetzen wollen, Frau Bundeskanzlerin, werden Sie auf breite Mehrheiten in den Parlamenten und auf den Straßen und Plätzen in Frankreich, Griechenland und Deutschland setzen können. Die Europäische Union wird demokratisch und sozial sein – oder nicht von langer Dauer.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Michael Stübgen spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Europäische Union hat in den letzten acht Monaten eine beispiellose Entwicklung im Euro-Raum erleben müssen. Schon Ende des letzten Jahres mehrten sich die Hinweise auf eine drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands. Die Ursachen lagen – das wissen wir eindeutig – in der immer deutlicher werdenden katastrophalen Haushalts- und Finanzsituation in Griechenland und in gezielten Spekulationen gegen Griechenland. Die Risikoaufläufe auf den Kapitalmärkten für griechische Anleihen stiegen in eine Höhe, die dieses Land nicht mehr finanzieren konnte.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen (C) haben in dieser Phase von Anfang an klargemacht, dass wir im Notfall für Hilfen für bedrohte Länder in Europa sind – natürlich auch für Griechenland –, aber dass wir es für genauso notwendig halten und wir diese Hilfen daran koppeln wollen, dass auch das betroffene Land selbst alles Mögliche tut, um die drohende Zahlungsunfähigkeit und weitere Krisen abzuwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben dann im Mai ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds zusammenstellen können. Insofern konnten wir die Griechenland-Krise aussetzen.

Unmittelbar im Anschluss an unsere Debatte hier im Bundestag – ich kann mich noch genau daran erinnern; ich finde es schon erstaunlich, wenn Herr Steinmeier sagt, Frau Bundeskanzlerin Merkel hätte hier die Backen geplustert und dann das Gegenteil gemacht; niemand wusste es, niemand hat es vorausgesehen –,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch!)

noch am selben Tag, als wir hier das Griechenland-Paket beschlossen haben, mehrten sich zum Abend hin, verschärft zum Wochenende hin die Hinweise darauf – das war schon am Montag der darauffolgenden Woche –,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann denn nun? Freitag? Montag?)

dass auch Länder wie Portugal, Irland und Spanien in die Zahlungsunfähigkeit kommen könnten. (D)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und da war Ihre Bundeskanzlerin schwer überrascht!)

– Das war nicht abzusehen. Auch Sie haben das nicht absehen können. Sogar die Grünen – da stimme ich Ihnen zu – haben damals dem Griechenland-Paket zugestimmt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen Sie ja jetzt abschaffen!)

Aber bei einem wichtigeren Paket haben Sie sich dann in die Büsche geschlagen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Seit wann stimmen wir Sachen zu, wozu die Unterlagen nicht vorliegen?)

Die Europäische Union war in der Lage, quasi über das Wochenende den sogenannten europäischen Rettungsschirm aufzubauen, zu kreieren: 750 Milliarden Euro, 60 Milliarden Euro von der Kommission, 440 Milliarden Euro von den Mitgliedstaaten und bis zu 250 Milliarden Euro vom IWF. Wir als Mitglieder des Bundestages waren in der Lage, binnen einer Woche die dazu notwendigen und richtigen Beschlüsse zu fassen.

An dieser Stelle will ich kurz darauf eingehen, wie sich die Opposition in dieser Zeit verhalten hat: Sie wären eventuell für diesen Rettungsschirm gewesen; aber Sie hätten – wir haben es vorhin von Herrn Steinmeier selbst gehört – nicht zustimmen können, weil wir uns

Michael Stübgen

- (A) nicht nachdrücklich für die Finanztransaktionsteuer eingesetzt haben. Ich will Ihnen den wahren Grund für Ihr Verhalten nennen: Sie haben natürlich mitbekommen, dass die notwendigen Entscheidungen, die die Koalition getroffen hat, in Deutschland sehr unpopulär waren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Sie waren zerstritten! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns nicht! Bei Ihnen vielleicht!)

Einige Medien haben sich darauf eingeschossen. Sie haben es vorgezogen, sich in dieser Frage in die Büsche zu schlagen. Das ist pure Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Beide Ad-hoc-Maßnahmen – das zeigt sich heute sehr deutlich – haben ihre Ziele erreicht. Wir konnten die existenzielle Gefahr für den Euro und für die gesamte Europäische Union abwenden. Griechenland befindet sich auf dem Weg der Besserung. Es hat eigene nachhaltige Reformen umgesetzt und strebt weitere Reformen an. Alle Mitgliedsländer der Europäischen Union unternehmen mittlerweile nachhaltige Konsolidierungsanstrengungen, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Die Europäische Zentralbank konnte in der vergangenen Woche mit dem Ankauf von Staatsanleihen aufhören. Auch sie sieht mittlerweile die Euro-Stabilität als ausreichend gesichert an, sodass sie solche Maßnahmen nicht mehr durchführen muss.

- (B) Wir können feststellen: Der Feuerwehreinsatz in der ersten Hälfte dieses Jahres war erfolgreich. Die Brände sind weitgehend gelöscht. Jetzt kommt es darauf an, das Gebäude feuerfest zu bauen. Darum geht es im Wesentlichen morgen und übermorgen beim Europäischen Rat. Die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung haben schon im Juni angefangen, zu definieren, welche Maßnahmen wir denn ergreifen müssen, um eine Wiederholung derartiger Krisen in der Europäischen Union zu verhindern. Wir haben in einer Entschließung im Juni dieses Jahres zum einen darauf hingewiesen, dass wir es für notwendig halten, den Euro-Stabilitätspakt deutlich zu verschärfen. Zum anderen gehen wir mehr und mehr davon aus, dass wir auch Maßnahmen ergreifen müssen, die mit einer Vertragsveränderung verbunden sind.

Ich will zum ersten Punkt kommen.

(Florian Pronold [SPD]: Das wurde auch Zeit!)

Die Europäische Kommission hat im September dieses Jahres Vorschläge zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gemacht. Hier muss man Folgendes sehen – das gehört zur Analyse dazu –: Nachdem im Jahr 2004 der Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht worden war, entwickelte er sich leider endgültig zu einem zahnlosen Tiger. Zur historischen Wahrheit gehört nun einfach dazu, dass diese Aufweichung auf Initiative von Frankreich und der rot-grünen Bundesregierung zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (C) Sie haben damals verhindert, dass ein Sanktionsverfahren umgesetzt wird, und haben damit in Kauf genommen, dass später viel Schlimmeres passiert.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist falsch von der Entwicklung!)

Ich bin allerdings der Meinung – das ist die Schlussfolgerung aus meiner Analyse –, dass auch ein Festhalten am alten Stabilitätspakt, also am Stabilitätspakt vor seiner Aufweichung, diese Krise wohl nicht hätte verhindern können.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Hört! Hört!)

– Aber es ist dadurch noch schlimmer geworden.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Falsch!)

– Bitte plustern Sie sich jetzt nicht auf, indem Sie sagen, dass das, was wir umsetzen, zu wenig sei. Wir sind dabei, die Fehler, die Rot-Grün gemacht hat, zu beheben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Stabilitätspakt ist eindeutig einseitig fokussiert. Er orientiert sich nämlich im Wesentlichen am Defizitkriterium, aber nicht mehr an der Gesamtverschuldung. Er ist kompliziert und schwerfällig und politisch leicht manipulierbar – siehe das Handeln der rot-grünen Regierung und Frankreichs im Jahre 2004. Deshalb ist es notwendig, dass wir hier die geeigneten Maßnahmen zur Verschärfung ergreifen.

- (D) Die Europäische Kommission hat im September dieses Jahres Vorschläge vorgelegt. Diese Vorschläge sind ambitioniert. Sie greift im Wesentlichen die Reformvorschläge auf, die wir in der Koalition schon im Sommer dieses Jahres gemacht haben. Die Vorschläge der Kommission bilden einen ausreichend guten Ansatz; allerdings hatten sie bis vor wenigen Tagen einen entscheidenden Nachteil: Es war absolut ausgeschlossen, dass sie im Europäischen Rat eine Mehrheit finden könnten, damit sie umgesetzt werden können.

(Florian Pronold [SPD]: Demokratietheoretisch ist das ein Problem, ja!)

Deshalb war es richtig, dass der Europäische Rat schon im Sommer dieses Jahres eine Taskforce unter der Leitung von Kommissionspräsident Van Rompuy eingerichtet hat, die ihrerseits Vorschläge für den Europäischen Rat zur Verschärfung des Stabilitätspaktes erarbeiten soll. Man hat von dieser Kommission leider längere Zeit nichts gehört, außer dass es wohl schwierig war, sich dort zu einigen. In der letzten Woche haben wir aber einen Vorschlag dieser Taskforce erhalten, der am 18. Oktober einstimmig verabschiedet wurde, das heißt von den 27 EU-Finanzministern, dem Ratspräsidenten und dem Währungskommissar. Das bedeutet, dass dieser Vorschlag, der sehr nah am Vorschlag der Kommission ist und in einigen Punkten, gerade im präventiven Bereich, sogar konkreter und weitgehend ist, umgesetzt werden kann. Das ist ein erster großer Erfolg im Bereich der notwendigen Reformen, die wir ergreifen müssen.

Wir sollten solche Erfolge nicht kleinreden. Es ist der größte Fehler, nur zu sagen, was vielleicht noch besser

Michael Stübgen

- (A) gewesen wäre, anstatt darauf hinzuweisen und den Menschen zu erklären, dass diese Entscheidung gut ist. Natürlich kann ein solcher Kompromiss der 27 EU-Finanzminister niemals zu 100 Prozent die Überzeugung jedes Einzelnen zum Ausdruck bringen.

Die Frage ist aber: Was bleibt noch übrig? Das ist eine entscheidende Frage; wir haben sie bereits im Sommer beantwortet. Wir sind der Meinung, dass wir für einen Teil – wir haben drei wesentliche Punkte definiert; ich will mich aus Zeitgründen auf nur einen konzentrieren – eine Vertragsänderung brauchen. Warum? Wir sind der Meinung, dass es wesentlich ist, dass wir in der Europäischen Union, nachdem die Ad-hoc-Maßnahmen ausgelaufen sind, langfristig zu einer Struktur, zu einem robusten Krisenbewältigungsmechanismus kommen müssen, der uns in die Lage versetzt, dass es in einem vielleicht doch wieder eintretenden Krisenfall, den wir vielleicht nicht verhindern können,

(Florian Pronold [SPD]: Was will uns diese Rede sagen?)

als Ultima Ratio zu einem geordneten Umschuldungsverfahren kommt und dass private Gläubiger, die in jedem Fall Profiteure einer solchen Krise sind, mit zur Verantwortung gezogen werden.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aha! – Florian Pronold [SPD]: Könnten Sie das noch einmal sagen, damit man das versteht?)

- (B) Die genauere Analyse der Situation scheint problematisch zu sein, weil die deutliche Mehrheit der Mitgliedstaaten sie nicht wünscht. Allerdings will die deutliche Mehrheit der Mitgliedstaaten, dass wir eine Entfristung des vorhandenen Stabilisierungsmechanismus vornehmen. Es gibt zwei wesentliche Gründe, warum die CDU/CSU-Fraktion das kategorisch ablehnt:

Erstens. Dieser Mechanismus ist vertrags- und verfassungsrechtlich sehr fragwürdig, wenn er entfristet wird. Er ist maximal als kurzfristige Übergangslösung zulässig.

Zweitens. Der Mechanismus ist auch politisch inakzeptabel; denn er hat einen ganz entscheidenden Nachteil: Die privaten Gläubiger werden in gar keiner Weise einbezogen.

Wenn wir es jetzt schaffen, dass sich der Europäische Rat morgen und übermorgen darauf einigt – das ist der Vorschlag von Deauville –, eine zweite Taskforce – Van Rompuy zwei – einzurichten und ihr den Auftrag zu geben, in dieser Frage Vorschläge zu erarbeiten, damit wir in Zukunft auf gesicherter vertraglicher Grundlage agieren können, aber auch die privaten Gläubiger mit einbeziehen können, dann haben wir die wesentlichen Anforderungen, die sich aus der Krise ergeben haben, erfüllt. Deshalb wünsche ich der Bundeskanzlerin für morgen ruhige, harte und erfolgreiche Verhandlungen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Renate Künast hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen. (C)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, ich glaube, Sie haben uns ein Schauspiel dargebracht. Das Theaterstück, das Sie inszenieren, heißt: Handlungsfähigkeit und der Herbst der Entscheidungen.

Die Sache mit dem „Herbst der Entscheidungen“ ist aber – das muss ich gleich sagen, Frau Merkel – nach hinten losgegangen. Sie haben versucht, sich hier als große Europäerin zu präsentieren. Wenn ich mir aber ansehe, was in den letzten Wochen, insbesondere in den letzten Tagen geschehen ist, komme ich zu dem Ergebnis: Sie hinterlassen eher den Eindruck einer europapolitischen Novizin; höher könnte ich gar nicht gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal an, was in den letzten Tagen los war. Ihre Europapolitik ist ein einziger Widerspruch. Erst haben Sie unter Vorsitz von Van Rompuy eine Taskforce installiert. Übrigens, Herr Stübgen, wenn ich einmal Nachhilfeunterricht geben darf: Van Rompuy ist nicht Kommissionspräsident. Wenn man mit der Vehemenz, die Sie an den Tag gelegt haben, eine Rede hält, aber die Titel falsch verteilt, dann ist das schade. Außerdem wird der Inhalt dadurch infrage gestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Johannes Kahrs [SPD]) (D)

Nun denn, Van Rompuy wurde Leiter einer Taskforce – das war Ausdruck des Misstrauens gegenüber Barroso und der EU-Kommission –, die parallel schärfere Vorschläge erarbeiten sollte. Herausgekommen ist übrigens nichts Schärferes. Das Ansehen der Kommission ist ramponiert.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Verrompuynt!)

– „Verrompuynt“ könnte man auch sagen. Wenn ich nur wüsste, wie man das schreibt. – Das sorgte für unnötige Doppelstrukturen und Chaos.

Jetzt kommt noch Folgendes: Die Van-Rompuy-Gruppe hat sich wie die Kommission auf ein quasi automatisches Defizitverfahren geeinigt. Das ist schon einmal gut, wenn dort auch einiges schwächer formuliert war. Doch dann haben Sie den französischen Präsidenten, Herrn Sarkozy, am Strand von Deauville getroffen und mit ihm am vergangenen Montag einen Deal vereinbart: Kehrtwende um 180 Grad. Das ist keine konsistente europäische Politik. Es stellt sogar die herrschenden Institutionen infrage, wenn Sie an dem gleichen Tag, an dem Van Rompuy ein quasi automatisches Sanktionsverfahren vorschlägt, gemeinsam mit Sarkozy sagen: Das wollen wir aber nicht. – Das ist nicht nur beschämend für Deutschland, sondern schädigt auch unsere Durchsetzungskraft und die Durchsetzungskraft Europas, zum Beispiel im Rahmen der G 20.

Renate Künast

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Altmaier [CDU/CSU]: Das haben Sie jetzt wirklich nicht verstanden!)

Was gilt denn jetzt eigentlich? Am Wochenende hieß es noch: „Kein Automatismus“, und jetzt will man wieder einen Automatismus. Es ist wie üblich in dieser Koalition: Die eine Hand weiß nicht, was die andere tut.

(Otto Fricke [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Irgendetwas muss doch der Grund dafür sein, dass Herr Westerwelle und andere Europaexperten in Ihrer Fraktion sauer waren. Aus den Reihen von FDP und CDU/CSU kam immer wieder der Hinweis, dass das eine nicht abgesprochene Politik ist.

(Otto Fricke [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Sauer sind auch die Mitgliedstaaten. Frau Merkel, als Sie noch in der Opposition waren, haben Sie immer mit viel Getöse gesagt, man solle die Dinge nicht nur mit Frankreich abstimmen, sondern auch die kleinen Mitgliedstaaten mitnehmen. Jetzt haben offensichtlich auch Sie verstanden, dass man Dinge mit Frankreich abstimmt. Aber Sie haben das auf die denkbar schlechteste Art und Weise getan. Wenn zwei vorangehen, bedeutet das nämlich nicht zwangsläufig, dass alle anderen außen vor gelassen und verärgert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

- (B) – Sie können gerne erzählen, wie das unter Rot-Grün war. Ich weiß, was Sie damals wollten und was Sie nicht wollten. Ich weiß auch, dass Sie Ihre konservativen Freunde in Frankreich bei so ziemlich jeder Reform in Europa auf die Zinne getrieben haben. Daher würde ich an Ihrer Stelle die Füße still halten.

Sie wären besser der Volksweisheit „Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ gefolgt. Der Spatz in der Hand wäre an dieser Stelle nämlich nicht ein possierliches Tierchen gewesen, sondern ein von Kommission und Taskforce erarbeitetes Regelwerk, das quasi automatisch funktioniert, und zwar im präventiven wie auch korrektiven Bereich. Dazu bräuchten Sie keine Vertragsänderung und keine politische Lähmung der Debatte. Wie wollen Sie das jetzt machen? Soll das heißen, dass Sie wirklich glauben, Sie könnten die europäischen Mitgliedstaaten zu Vertragsänderungen bewegen, womöglich per Referendum? Glauben Sie, dass Sie die Regierungschefs dazu bewegen können, zu Hause zu sagen: „Ihr Lieben, wir haben nicht nur einen Mechanismus implementiert; das Verfahren wirkt präventiv und bei Defizitsündern“, sondern auch beschlossen, dass wir im entscheidenden Augenblick nichts zu sagen haben? Das glauben Sie selbst nicht. So etwas würden Sie mit sich selber auch nicht machen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine These ist, dass Sie in der EU-Politik alles vermasselt haben, was zu vermasseln ist. Auch das Thema **Griechenland** – das sage ich Ihnen ganz klar – haben Sie nicht angepackt, obwohl alle wussten, was da auf uns

zukommt. Der Satz, man habe es nicht gewusst, stimmt nicht. Wenn Sie einmal Wirtschafts- und Finanzseiten gelesen hätten, hätten Sie gewusst, dass wir deutlich gesehen haben, welche finanziellen Debakel dort auf uns zukommen.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Da haben Sie gesagt: Europa interessiert uns nicht; unsere Haushalte interessieren uns nicht. Uns interessiert nur die Wahl in Nordrhein-Westfalen. – Zu Recht sind Sie dann dort abgestraft worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Wer sagt denn so etwas?)

Wir wissen, dass wir die zentralen Fragen, die sich in unserem Land, in Europa und in dieser Welt stellen, nur global werden beantworten können. Dafür brauchen wir ein starkes Europa. Dazu brauchen wir ein Deutschland, das sich seiner Rolle bewusst ist, voranzugehen und Europa zusammenzuhalten, statt wie jetzt Luxemburg, Österreich, Tschechien und andere auf die Palme zu treiben.

Frau Merkel, Sie haben gesagt, dies werde der Herbst der Entscheidungen. Ich sage hingegen: Das wird der Herbst der schwarz-gelben Wirrungen. Es wird der Herbst der verbal-radikalen Ankündigungen, der Nachbesserungen und der Respektlosigkeiten, aber nicht der Herbst, in dem diese Bundesregierung wirklich anstehende Probleme aktiv, verantwortlich und mit Respekt vor anderen EU-Mitgliedstaaten löst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Europa ist nach einer globalen Finanzkrise auch in eine **Schuldenkrise** gerutscht. Viele Mitgliedstaaten haben Defizite, die so gar nicht tragbar sind.

(Otto Fricke [FDP]: Die gab es doch schon vorher!)

Wir wissen alle: Mehr Hilfspakete kann es nicht geben. Es muss also zu grundlegenden Reformen kommen. Auch wir sagen, dass es zum einen mehr wirtschaftspolitische Koordination braucht. Es braucht mehr Abstimmung in der Haushaltspolitik. Daher ist es richtig, dass man seine Haushaltspläne vorlegen muss. Zum anderen braucht es aber auch ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Tun wir also nicht so, als würden nur andere Probleme bereiten. In Deutschland müssen wir uns auch überlegen, wie unsere eigene wirtschaftspolitische Entwicklung verläuft und wie wir die Binnennachfrage bei uns stärken. Deshalb kommt man am Ende um Mindestlohndebatten – um nur einen Punkt zu nennen – gar nicht herum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Renate Künast

- (A) Wenn Sie die Binnennachfrage stärken wollen, müssen Sie dafür Maßnahmen ergreifen, anstatt sich über Griechenland zu beklagen, aber am Ende festzustellen, dass wir im Wesentlichen auch von unseren Exporten in andere Mitgliedstaaten leben.

Deshalb sagen wir auch Ja zu dem stärksten Vorschlag der EU-Kommission des quasi **automatischen Defizitverfahrens**. Die EU-Kommission hat – auch das haben Sie heute gar nicht erwähnt – sechs Vorschläge vorgelegt, von denen vier auch durch das Europäische Parlament gehen müssen.

Meine Sorge ist, dass Sie mit Ihrem Alleingang das Europäische Parlament eher gegen sich aufgebracht haben, als es zu unterstützen. Meine Sorge ist, dass dieses dilettantische Vorgehen voller Widersprüchlichkeit – man weiß immer noch nicht, was eigentlich gelten soll; wir könnten jetzt auf die Sarkozy-Antwort auf die Merkel-Rede warten – am Ende auch die Schlagkraft bei dem G-20-Gipfel in Seoul nicht erhöhen wird, weil alle Welt sich über die deutsche und europäische Widersprüchlichkeit kaputtlacht.

Frau Merkel, Sie haben die Hausaufgaben nicht gemacht. Sie tragen hier allgemeine Sätze über internationales, weltweites Wachstum vor. Frau Merkel, dann müssen Sie jetzt auch einmal Butter zu den Fischen geben.

(Otto Fricke [FDP]: Es heißt „bei“!)

- (B) Sie müssen sagen, welches Wachstum Sie wollen: Nachhaltigkeit statt Raubbau? Tatsächliches Verteilen der Lasten auf mehrere Schultern in der EU und in Deutschland? Starten Sie doch eine Initiative für die Doha-Runde, damit Europa nicht mehr auf Kosten anderer lebt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin beim letzten Satz. – Dann hören Sie auf mit Ihrer Blockade, zum Beispiel bei der Reform der EU-Agrarpolitik, und zeigen anderen Ländern auf dieser Welt: Wir wollen uns bewegen.

Zukunftsfragen kann man nur global lösen. Dazu braucht es eine einige Europäische Union. Dazu braucht es Weichenstellungen bei der Wirtschafts- und Währungsunion.

Frau Merkel, ich kann nur sagen – das ist jetzt wirklich aus meinem tiefsten Inneren gesprochen –, dass ich nach Ihrem Ausflug nach Deauville eine Erwartung habe: Vermasseln Sie es nicht!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Michael Link spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

(C) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies war eine ganz sachliche Debatte, bis Kollege Dehm und Kollegin Künast gesprochen haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie sich schon vorher so aufgeschrieben!)

Ich kann nur sagen: Für flotte Sprüche und Belehrungen à la Oberlehrer ist dieses Thema zu ernst.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie in den ersten Jahren der Währungsunion, als Sie Regierungsverantwortung getragen haben – damals wurde auch der Stabilitätspakt ausgehöhlt –,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wo hat der Kollege Dehm Regierungsverantwortung getragen?)

besser aufgepasst hätten, dann hätten wir einige der Probleme, die wir heute haben, vielleicht nicht. Sie hatten die Gelegenheit dazu, unter anderem auch bei Griechenland.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D) Die CDU/CSU-Fraktion und FDP-Fraktion legen Ihnen heute einen Entschließungsantrag vor, weil wir unsere Verantwortung für die europäische Integration sehr ernst nehmen. Dass wir sie ernst nehmen, zeigen wir, indem wir vor einem Europäischen Rat Maßstäbe definieren. Wir haben viele Wochen gemeinsam an diesem Antrag gearbeitet. Ich glaube, dies zeigt ein bisschen, wie die Europäische Union nach Lissabon funktioniert: Vor dem Europäischen Rat sagen wir als Bundestag klar, was wir wollen. Wir begrüßen im Übrigen, dass die Grünen und die Linken ebenfalls Anträge vorgelegt haben. Erstaunlicherweise hat die SPD keinen Antrag vorgelegt. Das finde ich schade; denn genau das wäre wichtig. Wir sollen und wollen hier darüber diskutieren, was die verschiedenen Fraktionen vor dem Europäischen Rat sagen.

Frau Bundeskanzlerin, wir begrüßen, dass wir beim Europäischen Rat die ersten Schritte machen werden. Wir begrüßen auch, dass der Zeitplan für die möglichen Vertragsänderungen, die wir anstreben, bis März 2011 sehr ambitioniert ist. Da kann viel schiefgehen; das ist völlig klar. Es ist logisch, dass es hier und da am Anfang manchmal rumpelt. Glauben Sie denn, dass vor einem Europäischen Rat – das wissen Sie aus Ihrer Erfahrung am besten – in Europa immer alles einstimmig gesehen wird? Nein, das ist nicht der Fall. Umso wichtiger ist, dass wir als Bundestag sagen, was wir wollen, und dass wir Maßstäbe definieren, wobei wir erwarten, dass sich die Bundesregierung in den Verhandlungen an diesen Maßstäben orientiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben viele Maßstäbe genannt – ich brauche sie nicht im Einzelnen zu wiederholen –, zum Beispiel die automatischen Sanktionen und den robusten Mechanismus. Beim robusten Mechanismus, so wie er von

Michael Link (Heilbronn)

- (A) Van Rompuy vorgeschlagen worden ist, fehlt uns noch etwas, Frau Bundeskanzlerin; das ist schade. Vorgesehen ist dort in der Ziffer 49 des Vorschlags von Van Rompuy, dass der private Sektor beteiligt werden kann. Das ist noch kein Muss. Da haben wir noch einen großen Kampf vor uns; das müssen wir gemeinsam bewältigen. Leider ist der Text, so wie er von Van Rompuy vorgelegt worden ist, an dieser Stelle noch nicht befriedigend. Aber wir arbeiten gemeinsam daran. Auch deshalb formulieren wir hier unsere Forderungen.

Wir sind uns als Koalitionsfraktionen einig – ich hoffe, auch das gesamte Haus sieht das so –, dass wir die Währungsunion nicht als eine Transfer- und Haftungsunion sehen, in der die Stärkeren zum Rettungsanker derjenigen werden, die ihre Schuldenprobleme nicht rechtzeitig selbst lösen. Wir als Bundestag sagen also, was wir wollen. Wir sagen, was wir korrektiv wollen, also im Nachhinein, und was wir präventiv wollen. Wir schreiben in diesem Antrag aber auch ganz klar – zwei, drei Sätze sollten dazu gesagt werden –, dass wir Anleihen aus dem EU-Haushalt, ein Gemeinschaftsinstrument, einen Fonds – egal unter welchem Namen; es wird unter verschiedensten Namen darüber diskutiert: Währungsfonds, Liquiditätsfonds, Notfallfonds – nicht wollen. Die Dinge, die wir nicht wollen, benennen wir klar und deutlich.

Wir, also die Bundesregierung, der Bundestag und sehr viele Staaten in der Europäischen Union, die uns schon klar signalisiert haben, dass sie mit uns darüber reden wollen, haben dadurch die Chance, die Währungsunion so fortzuentwickeln, dass sie wesentlich stabiler wird. Für uns ist klar: Es gibt bei Fragen der Währung kein Primat der Politik in dem Sinne, dass man beliebig an der Währung herumdoktern kann. Das ist der große Unterschied zu anderen Bereichen. Wir haben damals, als die Währungsunion eingeführt wurde, klipp und klar gesagt: Währungsfragen sind wichtige Fragen, deren Beantwortung wir durch die unabhängige Europäische Zentralbank – früher war es die unabhängige Bundesbank – gewährleistet sehen wollen. Deshalb haben wir große Sympathie für die Vorschläge zu den automatischen Sanktionen, wie sie von der Europäischen Kommission vorgelegt wurden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Machen wir uns eines nicht vor: Vieles von dem, was uns heute Probleme bereitet, haben wir der Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in den Jahren 2004 und 2005 zu verdanken. Anstatt andere hier zu schulmeistern, möchte ich daran erinnern, wie Bundeskanzler Schröder in *Spiegel Online* vom 21. März 2005 die damalige Aufweichung des Währungsfonds begrüßt hat. Er hat damals gesagt, er begrüße die von den EU-Finanzministern beschlossene Reform des Stabilitätspaktes. Finanzminister Hans Eichel habe mit seinen europäischen Kollegen ein gutes Ergebnis erzielt. Eichel hatte sich zuvor angesichts der Einigung ähnlich erfreut gezeigt. Er sagte, es handele sich um eine gute Entscheidung, und fügte hinzu: „Sie sehen heute einen ausge-

sprochen zufriedenen deutschen Finanzminister vor sich.“ (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Kollege.

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Diese Aussagen wurden nach den Entscheidungen zur Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes getroffen. Das war ein Fehler, der sich nicht wiederholen darf. Wir unterstützen die Bundesregierung massiv bei ihren Bemühungen, das, was damals falsch gemacht wurde, jetzt besser zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Alexander Ulrich das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Welche sind die richtigen Lehren aus der Krise? Das ist die zentrale Frage, über die auf dem europäischen Gipfel und bei G 20 diskutiert wird. In dieser Diskussion wird ein zentraler Aspekt vergessen: die Frage, wer die Krise eigentlich verursacht hat.

Unser Außenminister erklärte vor kurzem: Die Krise wurde durch hohe Staatsschulden verursacht. – Da hat Herr Westerwelle wohl etwas vergessen: Die Krise wurde durch Spekulationen von Banken und Finanzinstitutionen verursacht. Als klar wurde, dass sich diese verspekuliert hatten, sind die Staaten eingesprungen, um sie und mit ihnen die Konjunktur zu retten, die ohne diese Rettungsmaßnahmen noch weiter eingebrochen wäre. Wer dies, wie es im Entschließungsantrag der Regierungsfractionen zum Ausdruck kommt, vergisst oder verschweigt, kann niemals die richtigen Lehren aus dieser Krise ziehen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Kernthema auf der europäischen Ebene ist jetzt die Frage, wie man Staaten, die sich zu stark verschulden, bestrafen kann. Noch einmal: Die Krise wurde nicht von verantwortungslosen Staaten verursacht, sondern von verantwortungslosen Bankern und Spekulanten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die erste Lehre aus der Krise muss lauten: Wir brauchen eine Regulierung der Finanzmärkte. Dass man hier noch einen weiten Weg vor sich hat, wurde während der Euro-Zonen-Krise ganz deutlich. In dieser Krise haben Banken gegen hoch verschuldete Staaten spekuliert. Ich frage Sie, Frau Bundeskanzlerin: Wie können es sich die Regierungen gefallen lassen, dass sie zuerst mit Milliardenbeträgen Spekulanten retten und kurze Zeit später genau diese Spekulanten gegen die Staaten spekulieren, die sich für ihre Rettung verschuldet haben? Die Linke fordert: Das Finanzkasino muss endlich geschlossen werden!

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich

- (A) Es müssen endlich wirksame Maßnahmen getroffen werden. Dazu gehören unter anderem ein Verbot von CDS, ein Verbot von Leerverkäufen, ein Verbot von Bankkrediten an Hedgefonds und ein Verbot des außerbörslichen Derivatehandels.

Da man im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen kein einziges Wort zum Thema Finanzmarktregulierung, sondern stattdessen die Aussage findet, die Kräfte des Marktes sollten genutzt werden, um die Staaten vor künftiger Verschuldung zu bewahren, kann man nur sagen: Sie haben offensichtlich überhaupt nichts gelernt und nichts verstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verursacher der Krise dürfen derzeit nicht nur weitgehend so weitermachen wie bisher, sondern sie werden für ihr verantwortungsloses Handeln auch nicht zur Kasse gebeten. Die deutsche Bankenabgabe ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch auf EU- und internationaler Ebene einigte man sich nur auf kosmetische Maßnahmen.

Die zweite Lehre aus der Krise muss lauten: Die Verursacher müssen zur Kasse gebeten werden. Wir fordern eine Bankenabgabe nach US-amerikanischem Vorbild, unter Ausnahme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir fordern darüber hinaus die Einführung und Erhebung einer Finanztransaktionsteuer auf alle Wertpapier-, Devisen- und Derivateumsätze, und zwar auf nationaler und europäischer Ebene.

- (B) (Beifall bei der LINKEN – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Auch auf Sparbriefe?)

Frau Bundeskanzlerin, warum setzen Sie nicht Ihre ganze Energie für die Einführung der Finanztransaktionsteuer ein? Wenn Sie hierfür genauso hart kämpfen würden wie für die völlig unsinnige Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, hätte diese Steuer gute Chancen auf Verwirklichung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das will sie doch gar nicht!)

Derzeit können wir beobachten, was passiert, wenn die falschen Lehren aus der Krise gezogen werden. Die Spekulanten machen weiter wie bisher. Die Kosten der Krise tragen die Beschäftigten, die Armen, die Steuerzahler und Rentner sowie die Kinder. In Deutschland wird Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen, in Portugal wird die Mehrwertsteuer auf viele Lebensmittel von 6 auf 23 Prozent erhöht, und Großbritannien streicht fast 500 000 Stellen im öffentlichen Dienst; mit den Grausamkeiten in Griechenland, Irland und Spanien will ich gar nicht erst anfangen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Die Rente mit 67 haben Sie vergessen!)

Dies ist in hohem Maße unsozial und ökonomisch völlig unsinnig. Wer in der Krise spart, wird die Krise verschärfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Daher steht die Linke voll hinter den Gewerkschaften, die am 29. September 2010 bei einem europaweiten Aktionstag unter dem Motto „Nein zu Sparmaßnahmen – Vorrang für Beschäftigung und Wachstum“ Hunderttausende Menschen auf die Straße gebracht haben. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, nehmen Sie diesen Protest endlich ernst! Die Lehre aus der Krise darf kein sozialpolitischer Kahlschlag in der EU sein.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Lehre aus der Krise muss das genaue Gegenteil sein: ein soziales Europa.

Wir brauchen nicht Vertragsänderungen, um Stimmrechte wegzunehmen, sondern wir brauchen Vertragsänderungen für ein soziales Europa. Wir brauchen ein Europa mit einer sozialen Fortschrittsklausel, damit das Soziale Vorrang vor der Wirtschaft hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Thomas Silberhorn hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Krise um den Euro im Frühjahr hat so gewaltige weltweite Auswirkungen gezeitigt, dass es keine Untertreibung ist, festzustellen, dass es jetzt ums Ganze geht, wenn sich unsere Staats- und Regierungschefs zusammensetzen, um die Euro-Zone zu stabilisieren und unsere gemeinsame Währung, den Euro, zu stärken.

Die Van-Rompuy-Arbeitsgruppe hat wichtige **Weichenstellungen** vorgeschlagen: eine engere Koordinierung der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken, die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte, schnellere und schärfere Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt und nicht zuletzt das Bekenntnis, dass wir Regeln für mögliche künftige Krisenfälle finden müssen. – Wir müssen zur Solidität in der Euro-Zone zurückkehren, und wir müssen zugleich Vorkehrungen für den Fall treffen, dass künftig nochmals ein Mitglied der Euro-Zone zu scheitern droht.

Deswegen ist zweierlei notwendig: Wir müssen zum einen den Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken, um eine zu hohe Verschuldung zu vermeiden oder gegebenenfalls rechtzeitig korrigieren zu können, und wir müssen zum anderen ein geordnetes Insolvenzregime errichten, um eine Umschuldung zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage das in aller Deutlichkeit und ohne jeden Schaum vor dem Mund: Wir müssen es hochverschuldeten Staaten tatsächlich ermöglichen, pleitezugehen, weil

Thomas Silberhorn

- (A) nur dann eine Umstrukturierung und eine notwendige Umschuldung vorgenommen werden können.

Die Wirtschafts- und Währungsunion weist dazu eine Regelungslücke auf, durch die wir vor ernsthafte Probleme gestellt sind. Wir können ein Mitglied der Euro-Zone, das dauerhaft gegen die Regeln verstößt, nicht einfach ausschließen, wir können aber auch nicht einfach immer helfen; denn im Vertrag von Maastricht ist ganz klar das Verbot vorgesehen, Schulden anderer Mitgliedstaaten zu übernehmen. Das ist nach der Rechtsprechung unseres Bundesverfassungsgerichts – insoweit müssen wir unsere Nachbarn um Verständnis bitten – eine verfassungsrechtliche Voraussetzung für die Zustimmung Deutschlands zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion gewesen. Deswegen kann ein dauerhafter Hilfsmechanismus mit uns nicht möglich sein, deswegen wird es mit uns keine Rettungsschirme für Griechenland oder die gesamte Euro-Zone nach dem vereinbarten Zeitpunkt geben können.

(Beifall der Abg. Veronika Bellmann [CDU/
CSU])

Es ist allerdings auch nicht erstrebenswert, einem Mitgliedstaat der Euro-Zone nicht zu helfen, weil die Konsequenzen natürlich furchtbar gravierend wären. Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass diese Option auf dem Tisch bleiben muss, nicht, um jemanden bedrängen oder erniedrigen zu wollen, sondern um der Stabilität des Euro willen; denn der Ausweg wird am Ende nur sein können, dass wir ein Verfahren finden – und dazu die Verträge ändern –, mit dem wir diese Regelungslücke schließen können. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir in künftigen Fällen überhaupt Hilfe leisten können.

Deshalb ist die deutsch-französische Erklärung von Deauville ein Bekenntnis der gemeinsamen Bereitschaft von Deutschland und auch Frankreich, die jetzt notwendigen Änderungen der europäischen Verträge vorzunehmen. Das ist durchaus ein beachtlicher Verhandlungserfolg, Frau Bundeskanzlerin, und ich habe gerade mit Interesse gehört, dass jetzt auch der luxemburgische Premierminister, Jean-Claude Juncker, öffentlich erklärt hat, dieses Vorgehen unterstützen zu wollen, nachdem er sich vor ein, zwei Tagen noch ganz anders geäußert hat.

Meine Damen und Herren, ein solches Verfahren der Vertragsänderung ist auch keineswegs ein unüberwindbares Hindernis. Wir brauchen nur wenige Sätze im Vertrag zu ändern. Wir müssen ohnehin die Verträge für Kroatien und Irland ändern. Eine Änderung brauchen wir auch nur für die Mitglieder der Euro-Zone, sodass Staaten, die heute noch Skepsis signalisieren – wie beispielsweise Großbritannien oder Tschechien –, davon gar nicht betroffen wären. Es sollte also keiner so tun, als wäre eine Vertragsänderung ein Ding der Unmöglichkeit. Im Gegenteil, wir müssen ohnehin dieses Verfahren aufsetzen.

Wenn ich nun höre, Herr Steinmeier, dass der große Ehrgeiz besteht, zu noch weiter gehenden Vereinbarungen zu kommen, als sie in der deutsch-französischen Erklärung von Deauville ihren unmittelbaren Ausdruck

finden, dann, meine ich, lassen Sie uns darüber ganz offen diskutieren. Immerhin ist jetzt eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage für den Europäischen Rat beschlossen worden. Aber am Ende müssen natürlich alle 27 Mitgliedstaaten zustimmen. Es wird insbesondere auch das Europäische Parlament zustimmen müssen. (C)

Deswegen höre ich mit Interesse, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in Brüssel nochmals ganz deutlich für automatische Sanktionen plädiert haben. Sie befürworten außerdem unseren Vorschlag, notorischen Defizitsündern das Stimmrecht zu entziehen,

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Dafür gibt es keine Mehrheiten, nirgendwo!)

und sie fordern genauso vehement wie wir ein, dass private Gläubiger beteiligt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davon träumen Sie!)

Also gilt der alte Grundsatz: Es ist nichts vereinbart, solange nicht alles vereinbart ist. Wir stehen erst am Beginn dieser Verhandlungen.

Nun, meine Damen und Herren, die Lehre bezüglich Griechenland muss doch sein, dass gerade das Fehlen gemeinsamer Regeln für eine Umschuldung dazu geführt hat, dass bei Griechenland die privaten Gläubiger geschont worden sind und allein die Steuerzahler die Zechen zahlen mussten. Wer das nicht will, muss jetzt mit uns dafür streiten, dass zwingend eine Beteiligung privater Gläubiger vereinbart wird, wenn in Krisenfällen künftig Hilfe angefordert werden sollte. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nur so wird man den Fehlanreiz verhindern, mit einer unsoliden Haushaltspolitik fortzufahren.

Die Alternative dazu wäre auch nicht sehr viel besser; denn wenn wir in der Europäischen Union nicht in der Lage sind, dieses Thema für uns selbst zu regeln, dann wird man im Zweifel im Rahmen des Internationalen Währungsfonds eine Lösung dafür finden müssen. Der Internationale Währungsfonds hatte dazu bereits einen Mechanismus aufgesetzt, als es bei Argentinien anstand, eine Umschuldung vorzunehmen. Die Besonderheit bei Griechenland ist doch nur, dass wir feststellen mussten, dass, anders als damals bei Argentinien, jetzt ein vergleichsweise kleines Land der Euro-Zone mit einem vergleichsweise überschaubaren Anteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in der Europäischen Union von nur 2 Prozent eine gewaltige Turbulenz nicht nur in der Euro-Zone verursacht hat, sondern auch den Dollarraum und den Yenraum in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Deswegen wird es notwendig sein, dass wir von diesen Einzelfällen abstrahieren und generelle Verfahren schaffen, wie wir Staaten, die eine untragbar hohe Verschuldung haben, eine Umschuldung ermöglichen.

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir auch ein sehr klares Signal an die Finanzmärkte senden. Die Finanzmärkte müssen wissen, dass Hilfen für Staaten, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind, nicht noch einmal gewährleistet werden können, ohne dass private

Thomas Silberhorn

- (A) Gläubiger mit in die Haftung genommen werden. Erst wenn wir dieses klare Signal an die Finanzmärkte senden, werden wir bewirken können, dass Unterschiede zwischen den Schuldnern gemacht werden, dass natürlich bei unterschiedlicher Haushaltslage unterschiedliche Zinsen für staatliche Anleihen gezahlt werden müssen. Das bedeutet, dass Länder mit Haushaltsproblemen allein dadurch zu haushaltspolitischer Disziplin angehalten würden. Zugleich müssen die Gläubiger wissen, dass sie für höhere Zinsen auch ein höheres Risiko eingehen, das sie dann tragen müssen, wenn es schiefgeht und sich das Risiko realisiert.

Dieser Marktmechanismus entfaltet mindestens genauso disziplinierende Wirkung wie die Verankerung automatischer Sanktionen im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir die Beteiligung von privaten Gläubigern durchsetzen. Wir haben dazu jetzt schwierige Verhandlungen vor uns; aber die Alternative für uns kann nicht sein – aus politischen wie aus juristischen Gründen –, in eine Transferunion zu marschieren, nicht nur weil wir die größten Garantiegeber sind, sondern weil insgesamt die Stabilität der Euro-Zone auf dem Spiel steht.

Deswegen ist es jetzt an der Zeit, die notwendigen Vertragsänderungen vorzunehmen und insbesondere den privaten Sektor bei der Übernahme von Garantien, wenn es schiefgeht, mit einzubeziehen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Schulte-Drüggelte für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Im Mai haben wir uns an dieser Stelle neben Griechenland auch mit dem europäischen Stabilisierungsmechanismus beschäftigt und auch darüber verständigt. Das heißt, die eine Seite des Hauses hat sich verständigt. Die andere Seite des Hauses – die Linke und die SPD – hat sich verantwortungslos gedrückt.

Es war eine schnelle, aber auch eine einmalige Entscheidung. Die Maßnahmen des Rettungsschirms werden im Sommer 2013 auslaufen. Eine solche Maßnahme kann und darf nicht zur Dauereinrichtung werden.

Krisen markieren aber auch Wendepunkte. Die Frage ist nun, wie künftig verfahren werden soll. Wie kann eine Situation verhindert werden, wie wir sie im Frühjahr erleben mussten? Aus dieser Krise müssen Konsequenzen gezogen werden.

Ich möchte drei Bereiche ansprechen, in denen Konsequenzen zu ziehen sind: Erstens. Die Haushaltsdisziplin muss durch strengere Regeln unterstützt werden. Zweitens. Die Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der europäischen Mitgliedstaaten müssen besser aufeinander

- abgestimmt werden. Drittens muss ein dauerhafter Krisenmechanismus entwickelt werden. Diese drei Punkte sind für uns wichtig. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Zur Haushaltsdisziplin: Das Volumen des Rettungsschirms macht deutlich, dass die Währungsunion nicht noch einmal mit solchen Beträgen stabilisiert werden kann. Es muss klar das Ziel sein, solche Krisen zu vermeiden oder zumindest die Wucht einer solchen Krise abzubremesen.

Die Situation der öffentlichen Haushalte in Europa ist schwierig. Die Zahlen der EU-Statistikbehörde aus der letzten Woche kommen klar zu einem unschönen Ergebnis: Fast in allen EU-Staaten stieg das Staatsdefizit auf Höhen, die vor der Krise unvorstellbar waren.

Es gibt viele Gründe für die Krise. Dazu gehört das staatliche Regierungshandeln in den USA. Aber es gab auch andere Gründe für die Krise. Wenn Shareholder-Value oder Bonuszahlungen die einzigen Erfolgskriterien sind und sich die Freiheit von der Verantwortung löst, dann darf das Risiko nicht zulasten Dritter bzw. des Steuerzahlers gehen. Das muss in Zukunft verhindert werden. Dafür ist dringend ein funktionsfähiger Ordnungsrahmen erforderlich: effiziente Aufsicht, mehr Transparenz und bessere internationale Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- Zunächst müssen aber alle Länder der Euro-Zone ihre Defizite reduzieren. Denn sie sind Ursache und Anlass für Spekulationen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat entgegen den Erwartungen nicht ausgereicht, die Staatsverschuldung einzudämmen. Damit ist das Erfordernis einer grundlegenden Reform erkennbar geworden. Aber das bedeutet keine Aufweichung, sondern eine Verstärkung der Stabilitätskriterien. (D)

Die Koalition setzt sich in ihrem Antrag für die Stärkung von präventiven Maßnahmen ein. Ziel ist eine ausgeglichene Haushaltsführung. Denn zu einer Eröffnung eines Defizitverfahrens soll es erst gar nicht kommen. Das ist zwar eine Idealvorstellung, aber es ist auch das Ziel der Maastricht-Verträge.

Wenn aber Vorgaben nicht eingehalten werden, dann müssen schnell weitere Sanktionen folgen. Vorschläge aus verschiedenen Bereichen liegen vor. Ich hoffe, dass auf dem EU-Gipfel nicht nur debattiert, sondern auch zügig entschieden wird.

Aber über eines bin ich mir natürlich auch klar – Herr Finanzminister Schäuble hat es gesagt; es gibt Politiker, die sich in Europa auskennen –: Wer annimmt, bei 27 Mitgliedern könne die Position Deutschlands zu 100 Prozent durchgesetzt werden, dem fehlt es an Verständnis für Europa. – So einfach wird es also nicht sein, aber eine Leitplanke müssen wir deutlich setzen: Es darf nicht sein, dass die Währungsunion zu einer Transferunion wird. Das lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bernhard Schulte-Drüggelle

- (A) Es sollte selbstverständlich sein, dass verantwortlich handelnde Regierungen, die betroffenen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union auch die Haftung für getroffene Fehlentscheidungen übernehmen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Auch die Wirtschafts- und Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Es ist an ein „Europäisches Semester“ gedacht, das erstmals 2011 eingeführt wird und die Elemente der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung besser und wirksamer im Sinne eines Frühwarnsystems koordinieren soll. Als Haushälter möchte ich sagen: Natürlich darf nicht in das Budgetrecht der nationalen Parlamente eingegriffen werden. Dieser Punkt ist aus meiner Sicht nicht zu verhandeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Länder muss in Zukunft anhand ausgewählter Indikatoren besser überwacht werden; denn in den letzten Jahren haben sich die Relationen zwischen den Volkswirtschaften verändert, auch innerhalb der Euro-Zone und innerhalb Europas. Da bleiben Spannungen natürlich nicht aus, doch es bleibt unverzichtbar, Verantwortung auch für einen längeren Zeitraum zu übernehmen.

- (B) Das führt zum nächsten Punkt, zum dauerhaften Krisenmechanismus. Die Europäische Union sowie die nationalen Regierungen dürfen zukünftig nicht wieder durch eine Dynamik krisenhafter Ereignisse zu kurzfristigen Maßnahmen gezwungen werden. Wir waren damals gezwungen und hatten kaum eine andere Chance. Deshalb muss ein glaubwürdiger Krisenmechanismus entwickelt werden, der aber nicht nur aus rechtlichen Regeln bestehen darf, sondern auch die Kräfte der Märkte nutzt, damit die Staaten Verschuldung vermeiden. Ich möchte deutlich betonen, was in der letzten Zeit, auch in der Presse, diskutiert worden ist: Das Bail-out-Verbot muss bestehen bleiben. Kein Land darf Schulden für ein anderes Land übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang möchte ich das aufgreifen, was die Vorredner gesagt haben: Auch die Gläubiger hochverschuldeter Staaten müssen sich künftig an der Sanierung finanziell beteiligen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Dann machen Sie doch mal was!)

Das Stichwort heißt „Haircut“. Ein geordnetes Entschuldungsverfahren für diese Staaten muss möglich sein, und es muss möglich sein, auch die Gläubiger heranzuziehen. Das ist die klare Ausrichtung für eine künftige Entwicklung. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das Prinzip von Risiko und Haftung muss stärker zur Geltung gebracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das wird nach allem, was zu hören und zu lesen ist, nicht ohne Vertragsveränderungen möglich sein. Ich habe den Eindruck, dass die Bundesregierung hier auf einem guten Weg ist. Dass dieser Weg nicht einfach ist,

ist völlig klar; aber ich möchte Professor Fuest zitieren, der in der letzten Woche im *Handelsblatt* gesagt hat: Merkel hat besser verhandelt, als die Kritiker glauben. – Auf diesem Weg werden wir die Kanzlerin auch weiter unterstützen, auch wenn er steinig sein sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Entschließungsanträgen.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/3408. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/3412? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Entschließungsantrag der Linken mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.¹⁾

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/3425 soll überwiesen werden, und zwar zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

¹⁾ Anlage 2

(A)

Anlagen zum Stenografischen Bericht (C)

Angabe zur Abstimmung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Oktober 2010 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 11./12. November 2010 in Seoul (Tagesordnungspunkt 1)

Hiermit erkläre ich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass unser Votum „Ablehnung“ lautet.

(B)

(D)

Anlage 2

Erklärung

des Abgeordneten Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklä-